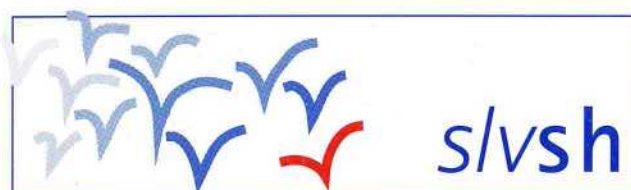


21

MÄRZ '97

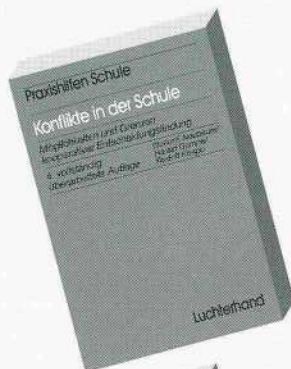


- K L A U S und kein Ende
- Kongress '97
Schule am Scheideweg –
Innovationen zum Nulltarif ?!
- Integration
- IHK-Bildungssymposium
- Das Pinneberger Modell

Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.

*Die Interessenvertretung für
Schulleiterinnen und Schulleiter,
Stellvertreterinnen und Stellvertreter*

Aktuelle Fachliteratur



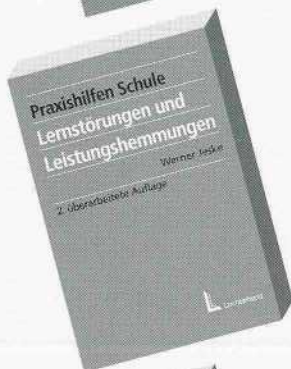
Walter F. Neubauer /
Harald Gampe / Rudolf Knapp
Konflikte in der Schule

**Möglichkeiten und Grenzen
kooperativer Entscheidungs-
findung**

4. vollständig überarbeitete
Auflage 1992, 182 Seiten,
DM 29,-/öS 215,-/sFR 29,-
ISBN 3-472-01200-5

Obwohl es in den letzten Jahren eine
Reihe von Untersuchungen zum Thema
»Konflikt« gegeben hat, fehlt bis heute
eine Untersuchung der alltäglichen Kon-
fliktsituation(en) an der Schule.

Lösungsvorschläge werden hier nicht
nur theoretisch aufbereitet, sondern an
»Fällen« demonstriert.



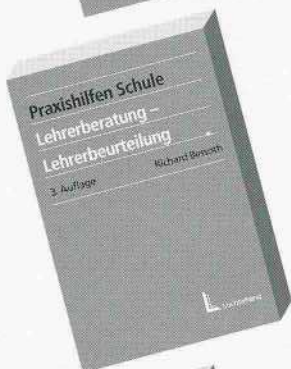
Werner Jeske
**Lernstörungen und
Leistungshemmungen**

**Pädagogische Stützmaß-
nahmen**

2. überarbeitete Auflage 1995,
232 Seiten,
DM 29,80/öS 221,-/sFR 29,80,-
ISBN 3-472-01244-7

Eine knappe und übersichtliche Darstel-
lung über Ursachen und Behebung von
Lernstörungen und Leistungshemmungen
in der Schule.

Die Thematik wurde von W. Jeske mit
hohem Sachverstand und wissenschaft-
licher Gründlichkeit bearbeitet. Sie ist gut
verständlich und übersichtlich dargestellt.



Richard Bessoth
**Lehrerberatung -
Lehrerbeurteilung**

3. neubearbeitete Auflage 1994,
455 Seiten, kartoniert,
DM 58,-/öS 429,-/sFR 58,-
ISBN 3-472-54054-9

Der Autor arbeitet den Stand der vorwie-
gend ausländischen Forschung auf
und macht sie für unsere Schulen nutzbar.

Ein Reader, der aus unterschiedlichen
Positionen die Grundlagen für die Lehrer-
beurteilung durchleuchtet. Ein Buch für
Beurteilte und Beurteiler.



Thomas Böhm
**Schulrechtliche
Fallbearbeitungen für
Pädagogen**

2. Auflage 1994, 234 Seiten,
kartoniert,
DM 38,-/öS 281,-/sFR 38,-
ISBN 3-472-01697-3

Ziel dieses Buches ist die Förde-
rung des Verständnisses der
Pädagogen für die rechtliche
Perspektive ihres Handelns.
Der Lehrer wird in Metho-
den der juristischen
Fallbearbeitung
und Gesetzes-
auslegung
eingeführt.

**Luchterhand
Verlag**
Postfach 2352
56513 Neuwied

Bestellcoupon
Ja, bitte senden Sie mir

— Expl. **Konflikte in der Schule**
DM 29,-/öS 215,-/sFR 29,- ISBN 3-472-01200-5

— Expl. **Lernstörungen und Leistungshemmungen**
DM 29,80/öS 221,-/sFR 29,80 ISBN 3-472-01244-7

— Expl. **Lehrerberatung - Lehrerbeurteilung**
DM 58,-/öS 429,-/sFR 58,- ISBN 3-472-54054-9

— Expl. **Schulrechtliche Fallbearbei-
tungen für Pädagogen**
DM 38,-/öS 281,-/sFR 38,-
ISBN 3-472-01697-3

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag.

917 d

Bitte Absender / Bestellschrift nicht vergessen!

An alle Mitglieder

27.02.97

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

80% unserer Tätigkeit ist **Kommunikation** in irgendeiner Form. Deshalb haben wir uns in jedem Jahr wieder bemüht, dafür eine qualitativ hochwertige Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der **Kammergemeinschaft Ausbildung und Bildung Hamburg** für unsere Mitglieder zu organisieren.

Auch das **BildungsZentrum Tannenfelde** kommt uns in der Preisgestaltung und Terminplanung immer sehr entgegen.

Leider ist die Nachfrage trotzdem sehr gering.

Deshalb hier noch einmal die Erinnerung an diese Veranstaltung und ein Aufruf.

Anmeldeschluß : 8.4.97

Kommunikation und Gesprächsverhalten

für Schulleiterinnen und Schulleiter

Donnerstag, 24. April 1997

10.00 Uhr

Begrüßung: Ulrike Röper, Kammergemeinschaft Ausbildung und Bildung
Holger Arpe, s/vsh

bitte wenden

Bankverbindung:

Raiffeisenbank Bad Bramstedt

Kto.-Nr. 188 000 (BLZ 200 691 30)

Schulleiterverschleswig-Holstein e.V.

Die Interessenvertretung für

Schulleiterinnen und Schulleiter,

Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Aktuelle Fachliteratur

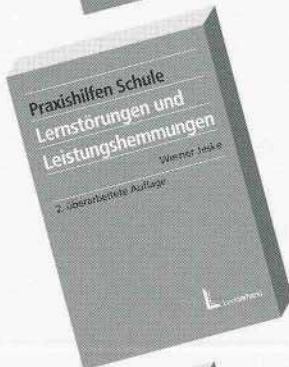


Walter F. Neubauer /
Harald Gampe / Rudolf Knapp
Konflikte in der Schule
Möglichkeiten und Grenzen
kooperativer Entscheidungs-
findung

4. vollständig überarbeitete
Auflage 1992, 182 Seiten,
DM 29,-/öS 215,-/sFR 29,-
ISBN 3-472-01200-5

Obwohl es in den letzten Jahren eine
Reihe von Untersuchungen zum Thema
»Konflikt« gegeben hat, fehlt bis heute
eine Untersuchung der alltäglichen Kon-
fliktsituation(en) an der Schule.

Lösungsvorschläge werden hier nicht
nur theoretisch aufbereitet, sondern an
»Fällen« demonstriert.

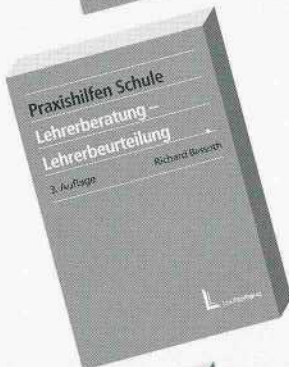


Werner Jeske
Lernstörungen und
Leistungshemmungen
Pädagogische Stützmaß-
nahmen

2. überarbeitete Auflage 1995,
232 Seiten,
DM 29,80/öS 221,-/sFR 29,80,-
ISBN 3-472-01244-7

Eine knappe und übersichtliche Darstel-
lung über Ursachen und Behebung von
Lernstörungen und Leistungshemmungen
in der Schule.

Die Thematik wurde von W. Jeske mit
hohem Sachverstand und wissenschaft-
licher Gründlichkeit bearbeitet. Sie ist gut
verständlich und übersichtlich dargestellt.



Richard Bessoth
Lehrerberatung -
Lehrerbeurteilung

3. neubearbeitete Auflage 1994,
455 Seiten, kartoniert,
DM 58,-/öS 429,-/sFR 58,-
ISBN 3-472-54054-9

Der Autor arbeitet den Stand der vorwie-
gend ausländischen Forschung auf
und macht sie für unsere Schulen nutzbar.

Ein Reader, der aus unterschiedlichen
Positionen die Grundlagen für die Lehrer-
beurteilung durchleuchtet. Ein Buch für
Beurteilte und Beurteiler.



Thomas Böhm
Schulrechtliche
Fallbearbeitungen für
Pädagogen

2. Auflage 1994, 234 Seiten,
kartoniert,
DM 38,-/öS 281,-/sFR 38,-
ISBN 3-472-01697-3

Ziel dieses Buches ist die Förde-
rung des Verständnisses der
Pädagogen für die rechtliche
Perspektive ihres Handelns.
Der Lehrer wird in Metho-
den der juristischen
Fallbearbeitung
und Gesetzes-
auslegung
eingeführt.

Zu beziehen über Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag.

Bestellcoupon
Ja, bitte senden Sie mir

- Expl. **Konflikte in der Schule**
DM 29,-/öS 215,-/sFR 29,-. ISBN 3-472-01200-5
- Expl. **Lernstörungen und Leistungshemmungen**
DM 29,80/öS 221,-/sFR 29,80. ISBN 3-472-01244-7
- Expl. **Lehrerberatung - Lehrerbeurteilung**
DM 58,-/öS 429,-/sFR 58,-. ISBN 3-472-54054-9
- Expl. **Schulrechtliche Fallbearbei-**
tungen für Pädagogen
DM 38,-/öS 281,-/sFR 38,-.
ISBN 3-472-01697-3

Luchterhand
Postfach 2352
56513 Neuwied **Verlag**

Bitte Absender / Bestellschrift nicht vergessen!

s/vsh – Kongress

27. Mai 1997 Hotel Intermar Bad Segeberg

SCHULE AM SCHEIDEWEG – INNOVATIONEN ZUM NULLTARIF ?!

Eine Einladung mit Anmeldebogen wird Ihnen demnächst gesondert zugehen

8.45 Uhr



im Foyer

9.15 Uhr

**Begrüßung
Grußworte**

Bestandsaufnahme aus Sicht des s/vsh

Streitgespräch zum Thema zwischen

Dr. Richard Bessoth und **Josef Kraus**

Akad. Direktor Uni. Koblenz-Landau

Präsident Deutscher Lehrerverband

mit **Nachfragen** aus dem Plenum

12.30 Uhr

Mittagsbuffet

14.00 Uhr

Gruppenarbeit

Wir bilden **Arbeitsgruppen nach Schularten**, in denen die Innovationen der letzten Jahren sowie geplante Neuerungen wie Integration, Schulprofil, Schulprogramm, Eingangsstufe, neue Lehrpläne, etc. unter der Fragestellung diskutiert werden sollen:

„Welche Bedeutung und welche Auswirkungen

haben sie für bzw. auf die Schule

unter besonderer Berücksichtigung der Schulleitung?“

15.45 Uhr

Kurzberichte aus den einzelnen Gruppen

16.00 Uhr

Visionen

Reinhard Kahl

„Schule am Ende der Industriegesellschaft“

Vorstellung der Gewinner-Schule d. Carl Bertelsmann-Preises 1996 sowie innovativer Schulen aus Deutschland

Filmaufnahmen mit Kommentar

17.00 Uhr

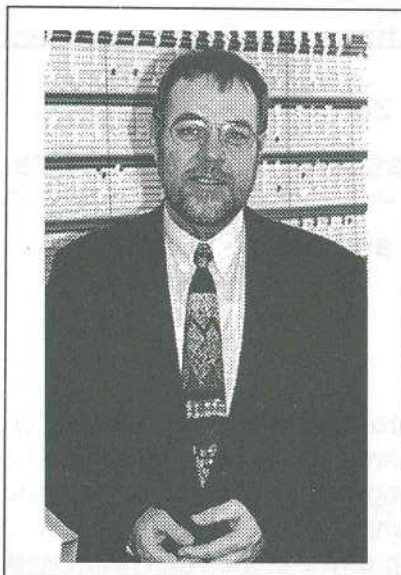
Ende der Veranstaltung

VORWORT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nun ist wohl auch dem letzten inzwischen klar geworden: KLAUS geht uns nicht nur an den Kragen, sondern er schnürt uns die Kehle zu! Der vorgelegte KLAUS-Entwurf hat mit dem auf unserer Jahreshauptversammlung von MR Schuldt vorgestellten Varianten nichts mehr gemein. Schulleiterinnen und Schulleiter waren in der Summe der zur Verfügung stehenden Stunden damals noch nicht betroffen, jetzt trifft es uns massiv. Jedem von uns geht Leitungszeit verloren, zusammen mit der Kürzung der Altersermäßigung bis zu 8 Zeitstunden pro Woche! Hinzu kommen die Kürzungen bei den Stellvertreterinnen und Stellvertretern und der Wegfall des Verwaltungspools. Die Arbeit aber bleibt und wird durch die vielen initiierten Innovationen und die deutliche Zunahme von Handlungs- und Verantwortungsbereichen immer aufwendiger.

Ich meine, alle von uns sehen die Notwendigkeit, dass auf die wachsende Schülerzahl reagiert werden muss und auch Schulleitungen ihren Beitrag zur Bewältigung der anstehenden Probleme leisten sollten. Wer aber einseitig Leitungszeit beschneidet, tut der Schule nichts Gutes.



Es ist für mich nicht zu verstehen, dass einerseits eine Kommission aus Bildungsexperten gebildet werden soll, die ein Konzept für eine Neuordnung der Lehrerarbeitszeit und damit auch der Arbeitszeit 'Schulleitung' erarbeitet, und andererseits ein neuer Ausgleichsstundenrlass aus dem Hut gezaubert wird, der erst 1998 wirksam werden soll. Ich denke, es wäre Zeit genug (gewesen), gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Verhandeln kann man aber nur, wenn man sich gegenüber sitzt und Argumente austauschen kann, und nicht über die Abgabe von Stellungnahmen. Wer von den angehörten Verbänden verfügt denn über die notwendigen Daten, den Apparat und die Zeit (wir alle leiten eine Schule und sind nicht Funktionäre im

Hauptamt!), um sinnvolle Vorschläge im Detail machen zu können.

Außerdem liegen auch bei uns die Meinungen darüber, wie man das Problem angehen soll, noch in vielen Punkten weit auseinander. Niemand darf nach dem Prinzip „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“ verfahren.

Der s/vsh hat deshalb die Ministerin gemeinsam mit dem VSRS und dem BLBS aufgefordert, unverzüglich einen Runden Tisch mit professioneller Moderation (s. S. 6) einzurichten. Leider sind für die Protestaktion am 4.3. in Neumünster und in vielen regionalen Personalversammlungen nur die im DBB und DGB organisierten Verbände und Gewerkschaften zusammengeführt worden. Der s/vsh hätte sich gerne beteiligt! Inzwischen hat auf Einladung des s/vsh und des VSRS am 25.2.97 in Bad Bramstedt ein Treffen stattgefunden, an dem Vertreter der GEW, des PhV, des VdR, des vds und des VBE teilgenommen haben. Für den 18.3. ist - wieder unter Federführung des s/vsh und des VSRS - ein Folgetermin vereinbart worden, an dem geklärt werden soll, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Prämissen ein gemeinsames Konzept als Alternative zu KLAUS erarbeitet und weitere Protestaktionen durchgeführt werden könnten. Ich hoffe, dass an diesem Termin auch die übrigen Verbänden teilnehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der s/vsh hat seit seiner Gründung 1991 bewiesen, dass er bereit ist, konstruktiv an Themen, die Schulleitung angehen, mitzuarbeiten, und die Sachkompetenz seiner Mitglieder mit einzubringen. Der s/vsh hat sich dabei auch stark für die Belange der Schulleitungen eingesetzt, aber nie vergessen, dass es letztlich nicht darum geht, einseitige Interessen durchzusetzen, sondern darum, **für die Schülerinnen und Schüler eine höchstmögliche Qualität der Schulen zu sichern.** Dazu braucht man aber auch **kompetente Schulleitungen mit ausreichend Zeit für ihre Führungsaufgaben.**

Ich hoffe, dass es uns gelingt, gemeinsam mit Gewerkschaften und Verbänden eine sachgerechte Lösung zu erarbeiten.

Ihr Michael Doppke

INHALT

Einladung zum s/vsh-Kongress	3
Vorwort - Michael Doppke	4
KLAUS	6
• Schreiben des s/vsh an das Ministerium	6
• Pressespiegel zu KLAUS	7
• Das macht doch nichts... - Friederike Griesmann	9
• Schulleiterbesoldung - Friedrich Jeschke	10
• Offener Brief zu KLAUS - Wolfgang Buck	11
• Anmerkungen zum Landeshaushalt '97 - F. Jeschke	12
Dezentralisierung von Verantwortung im Schul-	14
bereich - SR Wulf Krützfeld (Schulamt Pinneberg)	
IHK- Bildungssymposium- Dr.Mehner / Dr.Christiansen	16
Fragebogen zur Integration -	20
<i>Gudrun Ihrle-Glagau / W. Buck</i>	
Stärkung der Eigenverantwortung - M. Doppke	34
Selbstverwaltung und Smørrebrød - Heidi Garling	35
Aus der Arbeit des Vorstandes	38
• Arbeitskreis „Kleine Schulen“ - Angelika Sing	38
• ASD - Frühjahrstagung - A. Sing	39
• Stellungnahme & Anhörungen - Olaf Peters	46
STELLEN SIE SICH VOR - A. Sing	50
Pressespiegel	51
Werbung des s/vsh mit Beitrittsformular	52
Die letzte...? — Das Letzte ! — Walter Rossow	54
Adressen - Vorstand	55

Wir möchten alle Kolleginnen und Kollegen bitten, bei Namenswechsel, Schul- oder Privat-Adressenänderungen, Eintritt in den Ruhestand oder Kontoänderungen auch an den s/vsh zu denken, und uns diese umgehend mitzuteilen. So gewährleisten Sie sich den Erhalt der neuesten Informationen und uns ersparen Sie unnötige Kosten.

An das
Ministerium für Bildung,
Wissenschaft, Forschung u. Kultur

Frau Ministerin
Gisela Böhrk

Gartenstr. 6
24103 K i e l

s/vsh

(Schulleiterverband Schleswig-Holstein)

VSRS

(Verband d. Schulleiterinnen und Schulleiter
an Realschulen)

BLBS

(Landesverband d. Lehrerinnen und Lehrer
an berufsbildenden Schulen)

3. Februar 1997

Sehr geehrte Frau Ministerin Böhrk,

am 30.1.1997 haben Vertreter des s/vsh, des VSRS und des BLBS getagt und über den von Ihnen vorgelegten Entwurf eines Konzeptes zur langfristigen Unterrichtssicherung (KLAUS) beraten. Unbenommen der Stellungnahmen der Einzelverbände

fordern wir Sie auf

- **den Erlaßentwurf zurückzuziehen, weil er unausgewogen und kontraproduktiv ist und den Erfordernissen von Schule nicht gerecht wird.**
 - Ältere Kolleginnen und Kollegen sowie Schulleitungen tragen die Hauptlast. Dies wird noch dadurch verstärkt, daß die Kürzung der Altersermäßigung und eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei vielen zusammen wirksam werden.
 - Die Stärkung der Eigenverantwortung, die Vielzahl der initiierten Innovationen und die deutliche Zunahme von Handlungs- und Verantwortungsbereichen für Schulleitungen werden nicht berücksichtigt.
- **mit dem selbst gewählten Motto „Verhandeln statt Verordnen“ ernst zu machen und unverzüglich einen Runden Tisch einzurichten.**

Im Rahmen einer KLAUSur-Tagung sollten Vertreter aller betroffenen Gruppen unter professioneller Leitung gemeinsam nach bedarfsgerechten Lösungen suchen, die in den Kollegien auf Akzeptanz stoßen und dem Bildungsanspruch der Schülerinnen und Schüler gerecht werden, u.a. in den Bereichen

- kritische Überprüfung der z.Zt. gültigen Ausgleichs- und Ermäßigungsregelungen
- befristete, differenzierte Mehrarbeit
- Verbeamtung der teureren Angestellten (auch Neueinstellungen)
- „Vorgrißstunden“ (Lebensarbeitszeitkonten) für bestimmte Altersgruppen
- Entlastung der Lehrkräfte von Verwaltungsarbeit zugunsten von Unterricht
- ...

Bildung ist die Investition in die Zukunft!

Es darf nicht darum gehen, einseitige Interessen durchzusetzen, sondern für die Schülerinnen und Schüler - trotz angespannter Haushaltslage - eine höchstmögliche Qualität der Schulen zu sichern.

Dieses kann nur im **Dialog miteinander** geschehen!



(M. Doppke)

1. Vorsitzender s/vsh



(R. Zander)

1. Vorsitzender VSRS



(W. Gaedtke)

Landesvorsitzender BLBS

Dithmarscher Landeszeitung vom 5.2.97 PRESSESPIEGEL ZU KLAUS

Schulleiter: »Klaus« zurücknehmen

Kiel/Meldorf (kek/rd) Nach den zahlreichen Protesten von Gewerkschaften und Lehrern an »Klaus« - so auch gestern bei einer GEW-Veranstaltung in Meldorf - haben sich nun auch die Schulleiter in Schleswig-Holstein zu Wort gemeldet. Sie verlangen von Bildungsministerin Gisela Böhrk, den Entwurf des

Konzeptes zur langfristigen Unterrichtssicherung (»Klaus«) zurückzuziehen. Besonders verärgert sind die Schulleiter darüber, daß das neue Konzept vor allem zu Lasten älterer Kollegen geht.

Alle Lehrer seien bereit, die Last mitzutragen, aber sie müsse gerecht verteilt werden, erklärte gestern in Kiel der stellvertreten-

de Vorsitzende des Schulleiterverbandes, Walter Rossow.

Hintergrund von »Klaus« sind rund 2000 zusätzliche Lehrerstellen, die wegen steigender Schülerzahlen bis zum Jahr geschaffen werden müssen. 740 von diesen Lehrerstellen sollen die Lehrkräfte selbst erwirtschaften.

Lokales Meldorf



Schulleiter lehnen Böhrks Sparkonzept

Kieler Nachrichten vom 5.2.97

Kiel (US) Die Schulleiter sehen sich als Hauptleidtragende der von Kultusministerin Gisela Böhrk (SPD) geplanten Einsparungen. In einem offenen Brief fordern sie die Ministerin auf, den »unausgewogenen Erlaßentwurf« zurückzuziehen. Stattdessen plädieren sie für einen »runden Tisch«, an dem »alle betroffenen Verbände unter neutraler Leitung um eine Lösung ringen« sollten.

Übereinstimmend wenden sich der Schulleiterverband, der Landesverband der Realschulleiter und der Landesverband der gewerblichen Berufsschullehrer gegen das vorgesehene schriftliche Anhörungsverfahren. Dabei würden die Stellungnahmen ohne Dialog zu den Akten genommen.

Wie berichtet, will das Ministerium angesichts geringer werdender Mittel und steigenden Schü-

lerzahlen zur Sicherung des Unterrichts unter anderem Altersermäßigungen der Lehrer im Gegenwert von 400 Planstellen streichen. Auch sollen Stundenermäßigungen für Schulleiter im Gegenwert von 250 Stellen wegfallen. Ein Alternativkonzept können die Verbände nicht vorlegen, denn, so ihre Begründung, »sie könnten nicht die Schularbeiten des Ministeriums machen«. Aber einig seien sie sich in der Forderung, daß die Streichung der Altersermäßigung zurückgenommen werden müsse. Stattdessen könne die Landesregierung Geld sparen, wenn sie Lehrer auch künftig als Beamte und nicht als Angestellte beschäftige. Auch sollte man über Mehrarbeit für junge Lehrer nachdenken; die Überstunden könnten langfristig abgebummelt werden.

Protest gegen Änderung des Schulgesetzes:

Jammernde Lehrer

In welchem anderen Beruf darf man im Alter auf dem Gipfel der Besoldungs-Stufenleiter bei ungeschmälertem Einkommen immer weniger arbeiten? Dieses Privileg haben nur die Lehrer. Und ausgerechnet bei ihnen bricht in den Zeiten der steigenden Arbeitslosigkeit und der täglichen Meldungen über Firmenzusammenbrüche das große Jammer aus, weil ihr Vorteil geschmälert werden muß. So war es gestern auch in Kiel bei drei Lehrerverbänden.

Die Altersermäßigung paßt einmal in die vergangene Landschaft des ständigen Wohlstandszuwachses. Damals war die Ermäßigung als versteckte Form einer vorgezogenen Arbeitszeitverkürzung gewährt worden. Heute behauptet man, es handle sich um unverbrüchlichen Besitzstand für aufopfernde Hingabe im Unterrichtsstreß. Der

Lehrerjob mag tatsächlich anstrengender geworden sein. In Wirklichkeit gibt es aber ganz andere akute Probleme. Viel trefflicher ließe sich streiten über die von der Landesregierung mißtrauisch herbeigeführte wachsende bürokratische Verwaltungslast der Schulleitungen oder über den ministeriellen Hang zunehmend zu »tricksen«, wenn es um verbindliche Vorschriften in Gesetzen und Verordnungen geht, die Reformgeistern im Wege stehen.

Richtig ist aber die Philosophie, daß die relativ gut abgesicherten Älteren einen Solidarbeitrag für die wenig rosig gebettete nachfolgende Generation leisten sollten. Von den Verbänden war dazu nur das schlecht kaschierte dürrtümliche Motto zu hören: »Sparen für die Bildungs-Chancen der Jugend ja, aber bloß nicht bei mir.«

URS STAHL

Schulleiter contra Böhrk

Kiel (US) Schleswig-Holsteins Schulleiterverbände fordern einen Runden Tisch, um ein Sparkonzept zur Unterrichtssicherung zu erarbeiten. Kultusministerin Gisela Böhrk solle ihren Erlaßentwurf zurückziehen. Er belaste einseitig die Schulleiter. Vor allem dürfe die Altersermäßigung nicht angetastet werden. **Seiten 2 und 5**

Kieler Nachrichten vom 10.2.97

Zustimmung zum Böhrk-Konzept

Kiel (US) Der Landeselternbeirat der Realschulen hat sich am Wochenende in Kiel als erster Elternbeirat des Landes hinter das Reformkonzept (KLAUS) von Bildungsministerin Gisela Böhrk (SPD) gestellt.

In einem einstimmigen Beschluß wird gefordert, die bisherigen Vergünstigungen von Lehrern noch stärker zu beschneiden als es das Kultusministerium plant. Vor allem plädiert die Realschulelternschaft nach Auskunft ihrer Landesvorsitzenden Margarete Kiosz für die vollständige Streichung der Altersermäßigung. Wie berichtet, will die Ministerin Lehrern ab 58 Jahren noch eine der ursprünglich drei Stunden Unterrichtsermäßigung erlassen. Das geht den Realschuleltern nicht weit genug. Angesichts der Krise auf dem Arbeitsmarkt und der angespannten öffentlichen Finanzen hätten Eltern kein Verständnis für die Beibehaltung dieses Privilegs. Durch die Streichung auch der letzten Stunde für Altersermäßigung könnten die Schüler mehr Unterricht im Gegenwert von 140 Lehrerplanstellen erhalten. Der Beirat regt an, auch die Ermäßigungsstunden für pädagogische Innovationen kritisch unter die Lupe zu nehmen. Außerdem sprechen sich die Realschuleltern dafür aus, daß sämtliche Lehrer aller Laufbahngruppen künftig einheitlich 26 Unterrichtsstunden pro Woche erteilen sollen.

tja, also Trude hat ja man letztens Klaus kennengelernt, nich. Nein, so ein netter junger Mann fand Trude. Und dann auch noch ein echter Kinderfreund. Und Klaus kennt sich auch aus, hat Trude bemerkt. Denn Klaus weiß nicht nur, wieviele Kinder in den nächsten Jahren geboren werden, nein, er weiß sogar, was die alles lernen werden und wosie zur Schule gehen. Sie müsse sich gar keine Gedanken machen, hatte Klaus Trude gesagt, das gene schon allens in Ordnung mit den Lütten. Aber, hat da Trude gefragt, wie das denn gehen soll, wenn die Lehrers nu man immer weniger werden? Und was werden die Lütten denn lernen? Aber Klaus hat Trude da gleich beruhigt. Lehrer, sagt er, haben sowieso zu wenig zu tun, und da könnte man ihnen ruhig ein bisschen mehr Arbeit geben. Sollen die sich doch ma so richtig anstrengen, meint Klaus. Und überhaupt, dieser ganze Krimskrams, den die Lütten heutzutage lernen, das is man allens nichts Wahres. Klaus war so richtig in Fahrt gekommen. Schule, sagt er, ist doch sowieso viel zu teuer. Was brauchen wir noch Menschen, die womöglich eigenständig denken und in unserer Gesellschaft zurechtkommen. Klaus is ne wirklich ein hilfsbereiter Mensch findet Trude, und für alles hat er eine Lösung. Nur, wo er mit den ganzen arbeitslosen Lehrern hinsoll, das weiß Klaus noch nicht. Aber da wird ihm sicher auch noch was einfallen.

Das jedenfalls meint Trude.

Flensburger Tageblatt vom 5.2.97

KIEL (mal)

Widerstand gegen Böhrk

KIEL (mal)

Der Widerstand gegen das Sparkonzept für die Schulen von Bildungsministerin Gisela Böhrk wächst. Nach der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft haben gestern Verbände von Schulleitern und Berufsschullehrern die Pläne von Böhrk kritisiert. Das Modell sieht die Kürzung von Unterrichtsstunden sowie einiger Vergünstigungen für ältere Lehrer und Schulleiter vor. Die Schulleiter forderten die Ministerin auf, den Erlaßentwurf zurückzuziehen und unverzüglich einen Runden Tisch einzurichten, an dem alle Betroffenen nach Lösungen suchen können.

Lehrer fordern runden Tisch

HR Kiel – Verbände von Schulleitern und Berufsschullehrern haben einen runden Tisch zu den Sparvorschlägen der Kieler Landesregierung für Schulen gefordert. Bildungsministerin Gisela Böhrk (SPD) solle ihren Erlaßentwurf zurückziehen, verlangten gestern die Verbände. Das Modell der Regierung sieht eine Neuregelung der Lehrerbearbeitungszeit vor. Die Verbandsvertreter wollen sich vor allem gegen die geplante Kürzung von Altersermäßigungen bei der Unterrichtsverpflichtung für ältere Lehrer wehren. „Die ist für uns untastbar“, hieß es.

Bildungsmin. Gisela Böhrk sagte heute (4.2.97) zur Pressekonferenz der Schulleiterverbände in Kiel:

„Es ist richtig, dass Bildung eine Investition in die Zukunft ist. Und aus eben diesem Grunde müssen auch die Lehrkräfte ihren Beitrag dazu leisten. Während die Landesregierung trotz angespannter finanzieller Lage Geld für 622 neue Stellen bereitstellt, haben auch die Lehrerinnen und Lehrer 740 Planstellen im Konzept zur langfristigen Unterrichtssicherung „KLAUS“ zu erbringen. Wir haben unsere Vorschläge zur Umsetzung bereits auf den Tisch gelegt.

Es ist nachvollziehbar, dass die Schulleiterverbände die Interessen der Lehrkräfte vertreten. Aber es darf nicht sein, dass die Schülerinnen und Schüler allein Opfer der demographischen und finanziellen Entwicklung werden. Insofern müssen sich die Schulleiterverbände fragen lassen, was der von ihnen vorgeschlagene Runde Tisch bewirken soll, wenn Eltern und Schülerschaft dort nicht beteiligt werden.

Das Konzept ist bereits seit Sommer vergangenen Jahres öffentlich diskutiert worden

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens haben alle Verbände bis zum 28. Februar Gelegenheit, eine ausführliche Stellungnahme abzugeben. Selbstverständlich werden diese Stellungnahmen ausgewertet und im weiteren Verfahren diskutiert."

Kieler Nachrichten vom 13.2.97

Auch Schüler für Böhrk-Konzept

Kiel (US) Nach den Realschul-
eltern hat auch die Landesschü-
lervertretung der Gymnasien
das Konzept von Kultusministe-
rin Gisela Böhrk (SPD) zur lang-
fristigen Unterrichtssicherung
(KLAUS) gegen die Kritik von
Lehrerverbänden verteidigt.

Daniel Gröschel, Landesvorstandsmitglied der Schülervertretung, fordert von den Lehrern, sie müssten zur Sicherung der Chancen der jungen Generation und zur Bewältigung der steigenden Schülerzahlen Abstriche bei ihrer Altersermäßigung hinnehmen. Die Lehrer dürften den Kampf um den Erhalt ihrer Vorteile nicht auf dem Rücken der Schüler austragen. Wenn einige Lehrer jetzt drohten, nach Streichung der zwei Ermäßigungsstunden pro Woche pädagogische Projekte und Schüler nicht mehr zu betreuen, so sei dies beschämend. Insbesondere wirft Gröschel dem Schulleiterverband „inakzeptable Stimmungsmache“ vor, weil er keine brauchbaren Gegenvorschläge entwickle.

Lübecker Nachrichten vom 5.2.97

„Klaus“ macht Lehrer zornig
Für drei Verbände ist Stundenreduzierung im Alter unantastbar

„aus“ macht Lehrer zornig

Für drei Verbände ist Stundenreduzierung im Alter unantastbar

Nachrichten vom 5.2.97

KIEL – Für Lehrer hat die Ungerechtigkeit einen Namen: Klaus. Das Kürzel steht für „Konzept zur langfristigen Unterrichtssicherung“ und sieht die Mobilisierung von zusätzlichem Unterricht im Umfang von 1600 Planstellen vor. 740 Planstellen sollen die Lehrkräfte selbst durch Mehrarbeit beibringen. Das Kultusministerium will Stundenreduzierungen für ältere Kollegen ebenso kappen wie Ausgleichsstunden für drei Verbände ist Stundenreduzierung im Alter unantastbar

Gegen diesen Plan machen die Schulleiterverbände SLVSH und VSRS so wie der Verband der Lehrer (BLBS) Front. Es gebe „sehr, sehr große Unruhe“ an den Schulen. Die Verbände signalisierten Lasten zu tragen. Die Altersermäßigung sei jedoch „unantastbar“. Bislang gibt es für Lehrkräfte ab 55 Jahren pro Woche zwei Un-

terrichtsstunden Rabatt, ab 60 drei Stunden. Künftig soll ab 58 eine Stunde erlassen werden. Geht es nach den Verbänden, arbeiten jüngere Kollegen mehr und bekommen dies für spätere Jahre gutgeschrieben.

Bildungsministerin Gisela Böhrk (SPD) wehrte sich dagegen, die demographische und finanzielle Entwicklung allein auf die Schüler abzuwälzen. Auch Lehrer müßten einen Beitrag leisten.

PET

DAS MACHT DOCH NICHTS, DAS MERKT DOCH KEINER

- Friederike Griebmann -

19.11.1996 Schulleiter der verschiedenen Schularten, Elternvertreter, Verbandsvertreter, Schulräte, Ministeriumsvertreter, die Staatssekretärin, - und zwei Stunden Zeit für insgesamt 31 Gesprächsteilnehmer.

Ein großes Thema:

„Welche Erweiterungen des pädagogischen Handlungsrahmens ergeben sich bei gestärkter Eigenverantwortung?“

- und eine kleine Rechenaufgabe: 120 Minuten, davon 25 für den Vorspann.

Von vornherein ausgeklammert - schon bei der mündlichen Einladung - die Budgetierung. Der Schwerpunkt sollte bewußt auf dem pädagogischen Teil des Themas liegen.

War schon das Thema für viele der Teilnehmer wenig griffig, so hofften doch alle, ein klein wenig von der großen Freiheit zu erfahren. Die Ausgangslage war allen klar: Wer in der gesellschaftlichen Diskussion um die "Neue Schule" drin steckte, hatte den Kopf voller Ideen, wußte aber, daß die Kassen überall leer sind.

In den Ausführungen der Staatssekretärin wurde deutlich:

- Geld ist für Innovation nicht da
- es gebe aber „drei **Schubladen**“, aus denen etwas herausgenommen werden könne:
- „Vielfalt von Ideen“, die sofort gehen, ohne Änderung des Rechtsrahmens, (z.B. Profile, Kompetenznutzung, Öffnung),
- Pilotprojekte, Ausnahmeregelungen, wie z. B. die dezentrale Lehrerverwaltung in Pinneberg,
- Wünsche, die nur berücksichtigt werden können, wenn Gesetze geändert werden, z.B. bzgl. der Leistungsmessung.

Zunächst unbemerkt hatte sich ein weiterer Besucher hereingeschlichen und setzte sich mitten in den Raum.

*Es war **KLAUS**. Er hörte seelenruhig zu, hatte sein Schulgesetz brav auf dem Schoß, das ihn hier und da vielleicht etwas drückte, aber mit der großen Vorfreude auf die Drittelparität fand er das doch gar nicht so schlimm. Und dann spielte er*

auch noch mit seinen vier Varianten und sagte zu jeder, daß sie ihm alle gleich ans Herz gewachsen seien.

Wollte man die Sitzung mit einem Mahl vergleichen, so war die Begrüßung ein guter Aperitif. Diesem folgte, insbesondere angesichts der übrigen Menüpunkte, eine viel zu deftig ausgefallene Vorspeise. Ja, und dann gab's die "3-Minuten-Terrine". Die wurde von den Geladenen tüchtig angereichert: Und in mancher Terrine lag so richtig das Dicke drin:

Ruf nach Zeit, das Thema Ausgleichsstunden für Schulleiter (s. Koalitionspapier und KLAUS), Lehrerkonferenzvorsitz, Änderungswünsche zum Ordnungsparagrafen, Spagat zwischen Innovation und Sparpolitik, Kritik an der Kürzung des Fortbildungsangebots, insbesondere für Berufsschullehrer u. a. m..

*Auch eine **Kröte** war drin: Gibt es nun ein Papier, nach dem der pädagogische Anteil in der Lehrerbildung einen geringeren Stellenwert zugunsten der Fachausbildung erhalten soll, oder nicht ??*

*Zum Nachschinken gab es dröges Kleingebäck aus Binsenmehl: Macht weiter so, schöpft euren Spielraum im Rahmen der bisher schon geltenden gesetzlichen Bestimmungen aus. Mut, Mut, nur zu; das ist eure Eigenverantwortung, denn „**Autonomie haben wir von Anfang an nicht gewollt.**“*

Auf welcher Veranstaltung ich war? -

Beim 11. sogenannten „**Kreisgespräch**“ der Staatssekretärin zum Thema Eigenverantwortung.

Wer Elan mitgebracht hatte, nahm Frust mit nach Hause.

Die Presse war nicht anwesend, aber sie hat den nachstehenden Artikel gebracht.

Kommunikationsziel erreicht – Inhalt unwichtig?

War ich auf der falschen Veranstaltung? – Das fragt sich nicht nur

Friederike Griebmann

Diskussion über Schule der Zukunft:

Eigene Etats und andere Freiheiten

KREIS STEINBURG

(bar)

An den meist dünnen Geldpolstern der Schulen wird sich angesichts der leeren öffentlichen Kassen in absehbarer Zeit wenig ändern. Wohl aber an der Art und Weise, wie die Budgets der Lehrereinstellungen gehandhabt werden. Die Schulen in Schleswig-Holstein wollen mehr Eigenständigkeit — und das ist ganz im Sinne der Landesregierung. Die hatte 1995 dieses Prinzip zum Bildungsziel der Zukunft erklärt. In welchen Bereichen es angewandt wer-

den soll, darüber wird derzeit diskutiert. Die Kieler Regierung setzt auf den Dialog mit allen Beteiligten. Gyde Köster, Staatssekretärin im Bildungsministerium, kam nach Itzehoe, um das Thema mit Steinburger Schulleitern, Lehrern, Eltern und Schulräten zu erörtern, und um sich ihre Ideen dazu anzuhören.

Der Kieler Vorschlag, den Schulen bei der Verwaltung ihrer Haushalte mehr Eigenverantwortung einzuräumen, wird in Steinburg noch skeptisch beäugt. „Die Schulen im Kreis sind noch sehr vorsichtig, was die Budgetierung angeht“, berichtet Gyde Köster. Dafür seien Schulleiter und Lehrer sehr daran interessiert, die pädagogische Arbeit an ihren Einrichtungen stärker

als bisher selber in die Hand zu nehmen, zum Beispiel bei der Unterrichtsorganisation oder bei fächer- und jahrgangsübergreifendem Lernen.

Wichtig sei, daß alle in der Schule mitzögen und sich gegenseitig motivierten. Dazu gehöre auch, daß sich jede Schule ein eigenes Profil gebe. „Lehrer und Schüler könnten beispielsweise an einem ökologischen Projekt arbeiten oder das Thema Drogen in den Vordergrund stellen“, sagt Gyde Köster. Bei einer Schule mit sozialen Problemen biete sich der Schwerpunkt förmlich an: die verstärkte Integration von Kindern, die mit Schule und dem Leben nicht so gut zurecht-

kommen. „Die Grundschulen könnten mit Kindergärten und Vereinen, die Berufsschulen verstärkt mit der lokalen Wirtschaft kooperieren“, so Gyde Köster. Zudem wird überlegt, Schulen künftig Mitspracherecht bei der Einstellung von Lehrern zu geben.

Die Schule von morgen soll lebendiger, die demokratischen Strukturen in den Einrichtungen sollen besser ausgefüllt werden. „Wer selbst entscheidet, ist motivierter und engagierter als der, der Anweisungen erhält“, betont Gyde Köster. Die Landesregierung wolle deshalb das Prinzip „So viel zentrale Entscheidung wie nötig, so viel Eigenverantwortung wie möglich“ durch eine baldige Änderung des Schulgesetzes in Schleswig-Holstein festschreiben.

ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG!

LANDESREGIERUNG KAPPT DIE SCHULLEITERBESOLDUNG

– Friedrich Jeschke –

Die Schülerzahlen sind in Bewegung. Immer **mehr Schüler** besuchen unsere Schulen, so dass deren Schülerzahl stetig wächst. Das hat auch Auswirkungen auf die **Schulleiterbesoldung**, die durch **Bundesgesetz** geregelt ist. Im Landesbesoldungsgesetz war in § 7.3 bisher der Zeitpunkt des Beginns der Besoldungsanpassung wegen Erhöhung der Schülerzahl eindeutig festgelegt – nämlich 2 Jahre nach dem erstmaligen Nachweis in der Herbststatistik.

§ 7.3 ist gerade eben verändert worden, so dass jetzt als **Dauerstichtag die Herbststatistik 1994/95** gilt.

Der Zeitpunkt ist zweifellos geschickt gewählt, denn er liegt zu Beginn des „Schülerbergs“ vieler Schulen. Für zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, die in den letzten zwei oder den kommenden Jahren durch die wachsenden Schülerzahlen die

Grenze zur nächsten Gehaltsstufe überschritten haben bzw. überschreiten werden, bedeutet dies eine Festschreibung ihrer Besoldung auf dem niedrigeren Status. Auch bei Neuausschreibungen von Schulleiterstellen kommt es dadurch zu einer Besoldungsstufe, die der Schülerzahl nicht entspricht.

Ich meine, hier liegt ein **Verstoß gegen das Bundesrecht** vor. Vermutlich werden wir diese Frage gerichtlich klären lassen müssen.

Dazu zwei Bitten:

- Teilen Sie mir mit, wenn Sie betroffen sind.
- Bitten Sie das Ministerium um einen **rechtskräftigen Bescheid** in dieser Frage.

Friedrich Jeschke

Tel. 04371 - 2402 (priv.) oder
04371 - 9613 (Schule)

OFFENER BRIEF ZU KLAUS

– Wolfgang Buck –

Sehr geehrte Frau Ministerin!

Es muss sich etwas tun - zugegeben. Die Lage ist überall ernst - das Geld in den öffentlichen Kassen ist knapp - wem sage ich das.

Not macht erfinderisch, so sagt man. Alles muß auf den Prüfstand, auch das sagt man - einverstanden. Alte Gewohnheiten, die inzwischen nicht mehr angemessen sind, werden jetzt vielleicht endlich überprüft, ersetzt.

Da ist z.B. die Bewertung der Lehrerarbeitszeit. Das sehen sie, wie viele von uns: Hier muss etwas geschehen. Sie denken: KLAUS kann etwas verbessern. KLAUS aber kommt nicht aus der Schule, er kommt aus dem Kopf der Verwaltung - von oben sozusagen für uns da unten. Mir ist da so ein Slogan in Erinnerung: „Die Schule sind wir“ oder so. Dieses „Wir“ hatte ich allerdings anders verstanden. Von uns unten sollten die Ideen kommen. Oder war das doch ein anderes „Wir“? - mehr so im Sinne von „Der Staat bin ich“ zu verstehen?

Ich will mal annehmen, ich habe das richtig verstanden; und daher will ich einige Ideen hier zu Papier bringen, die einem einfachen Bürger unseres Gemeinwesens kommen können, wenn er hört, das Geld sei knapp:

Wenn denn das Geld für mehr Unterricht fehlt - unsere Gesellschaft scheint für die Bildung nicht mehr hergeben zu wollen - **dann könnte man:**

- die Anzahl der Unterrichtsstunden einfach kürzen. (Warum eigentlich nicht? Das löste dann vielleicht bei den Bürgern/Bürgerinnen ein Nachdenken aus, ich würde das begrüßen. Nachdenken finde ich immer gut!);
- das Stundenkontingent der Lehrer erhöhen. (Das stört niemanden, jeder denkt ja sowieso, dass die Lehrer ruhig mehr arbeiten sollten!);
- die außerunterrichtliche Arbeit der Lehrer kürzen. Wissensvermittlung hat Priorität, - was soll das ganze Drumherum! (Übrigens: sind in Ihrem Haus nicht auch noch Lehrer, die mit so art-

fremder Beschäftigung ihr Geld verdienen?);

- die Anzahl der Schülerinnen u. Schüler pro Klasse erhöhen. (Das könnte vielleicht einige Eltern stören, aber andererseits: mit strafferer Disziplin und so...).

Zugegeben, das, was ich da aufführe, ist nahe dran an **Satire!**

Aber nun mal im Ernst. „Schule sind wir“: Wenn das von mir richtig verstanden worden ist, dann finde ich, KLAUS so einfach aus Ihrem Haus auf uns loszulassen ... also ich weiß nicht. Sicher, für die Anzahl der Unterrichtsstunden - also für die Statistik - bringt KLAUS, wie immer er auch am Ende aussehen mag, - da bringt er Vorteile.

Ich (als einer von unten) würde folgendes vorschlagen - pardon, Vorschläge sind auch Schläge, sagt man; also schlagen will ich natürlich nicht, - daher muß ich so formulieren:

Für die Bildungs- und Erziehungserfolge unserer Schulen jedoch spricht aus meiner - zugegeben unmaßgeblichen Lehrersicht - einiges gegen KLAUS: Aus der Hirnforschung wissen wir, daß Lernen (Leistungszuwachs) stark von der inneren Gestimmtheit abhängt (das ist nachgewiesen; Sie wissen natürlich auch, dass unser Gehirn nun mal so funktioniert). Ich denke mir also, dass die Motivation (die Gestimmtheit s.o.) auch unserer Lehrer und Schulleiter durch KLAUS - so weit man ihn bis jetzt kennt - wohl kaum verbessert werden wird. Was also tun?

Wenn ich an Ihrer Stelle zu entscheiden hätte, dann käme ich auf eine (für eine repräsentative Demokratie allerdings verrückte) Idee: Ich würde per Umfrage alle Schulen auffordern, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie effektiver Unterricht trotz knapper Kassen längerfristig dennoch zu sichern wäre.

Konkret würde also die Frage lauten:

Wie kann man die Qualität des Unterrichts sichern - trotz wachsender Schülerzahlen-, ohne dass mehr Lehrerplanstellen als die vom Parlament genehmigten zur Verfügung stehen?

Vielleicht kämen bei Ihrer Umfrage phantasievollere Lösungen als KLAUS für unser gemeinsames Problem heraus?

Selbst große Wirtschaftsbetriebe lassen ihre Belegschaft inzwischen mitdenken und sparen so, ohne große Kosten für Berater ausgeben zu müssen, jährlich viele Millionen.

Es muß etwas getan werden - zugegeben; aber mal anders - so *von unten*, meine ich. Sie sollten es versuchen! Sie könnten auf diese Weise der Öffentlichkeit auch Ihre Wertschätzung für die Arbeit der Schulen deutlich machen, und das ist bei der augenblicklichen Stimmungslage bitter nötig (KN-Kommentare, Landeselternbeiräte usw.)!

Schulen waren früher die *Prügelanstalten* der Nation. Das sind sie - Gott sei Dank - heute nicht mehr. Sie sollten heute aber auch nicht mehr länger die *Prügelknaben* der Nation sein. Helfen Sie, dass das zur Zeit immer noch schlechte Image („Lehrer sind faule Säcke“) nicht durch KLAUS

auch noch befestigt wird.

Übrigens: Die Integration, der geöffnete Unterricht, die Arbeit an mehreren Schulen und Schularten ..., das alles haben die Schulen und Kollegien angenommen, obwohl es mehr Zeit und Engagement erfordert als die gewohnten Schul- und Unterrichtsformen vergangener Jahrzehnte. Veränderungen, die Erfordernisse lebenslangen Lernens, - das wird allenthalben akzeptiert („das ist Leben“, wie man so sagt). Die stärkere Selbstverwaltung der Schulen (Modewort Autonomie), die Erarbeitung von Schulprofilen, die Entwicklung neuer pädagogischer Konzepte - auch das sind Aufgaben, an denen die Kollegien heute schon intensiv arbeiten (außerunterrichtliche Beschäftigungen - zugegeben). Lehrkräfte und Schulleitungen bemühen sich, hierfür Kompetenzen zu erwerben; und ich meine, sehr geehrte Frau Ministerin, dafür brauchen sie Ihre Unterstützung.

Wir wollen alle eine möglichst gute Schule. Daher muss es heißen: Nicht frustrierte, sondern **MOTIVIERTE LEHRER BRAUCHT DAS LAND!**

Mit freundlichem Gruß

Ihr Wolfgang Buck

Anmerkungen

LANDESHAUSHALTSPLAN 1997 SCHLESWIG-HOLSTEIN

- Friedrich Jeschke -

1. Der Haushaltsplan 1997 des Landes Schleswig-Holstein zeigt bei flüchtigem Ansehen keine bemerkenswerten Veränderungen.

Bei genauerer Durchsicht stellt man folgende Veränderungen fest:

	<u>Beamte</u>	<u>Angestellte</u>
Grund- und Hauptschulen	-91 Planstellen	+122 Stellen BAT III
Sonderschulen	-56 Planstellen	+ 85 Stellen BAT Iia (10 BAT IVb)
Realschulen	-20 Planstellen	+ 32 Stellen BAT Iia
Gymnasien	-75 Planstellen	+ 49 Stellen BAT Iia

Gesamtschulen davon

Studienräte	+ 5 Planstellen	+ 83 BAT IIa 55
Realschullehrer	0 Planstellen	BAT II 28
GHS-Lehrer	- 5 Planstellen	
Berufsschulen	-21 Planstellen	+ 45 BAT IIa

Es ist durchweg eine Verstärkung der Beschäftigungen im Angestelltenverhältnis zu sehen. Außerdem kann man eine Bevorzugung der Gesamtschulen bei der Lehrerzuteilung erkennen.

Die Beschäftigung der Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis führt zu keiner finanziellen Entlastung künftiger Generationen. Angestellte sind wegen des hälftigen Sozialbeitrages für den Staat teurer als Beamte. Diese Mehrkosten können bezahlt werden durch

- Verlagerung von Haushaltsmitteln aus anderen Haushaltsstellen, vorwiegend aus dem innovativen Bereich
- Verringerung der Anzahl der Neueinstellungen
- Verringerung des Beschäftigungsumfanges der Lehrkräfte, 3/4 Stunden
- Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung
- Erhöhung der Kreditaufnahme.

Alle diese Maßnahmen führen zu einer Verschlechterung der Zukunftschancen künftiger Generationen.

2. Für die Stärkung schulischer Eigenverantwortung sind 437.800 DM vorgesehen.

3. Die Schülerzahlen steigen 1997/98

Grund- und Hauptschulen um	4.962 = 3,2 %
Sonderschulen	261 = 2,1 %
Realschulen	1.271 = 2,5 %
Gymnasien	1.105 = 1,8 %
Gesamtschulen	897 = 6,5 %
Berufsschulen	1.936 = 2,3 %

Die Lehrerzahlen steigen

33 Planstellen	= 0,5 %
42 Planstellen	= 2,2 %
14 Planstellen	= 0,41 %
- 26 Planstellen	= - 0,6 %
+78 Planstellen	= +8,0%
+24 Planstellen	= 0,78 %

4. Nicht zu finden sind die voraussichtlichen Auswirkungen des KLAUS

- Wegfall des Verwaltungspools für Lehrkräfte an Schulen
- Wegfall des Pädagogikpools für Schulen
- Eventuelle Verteilung des verbleibenden Verwaltungspools an den Schulen durch die Schul- oder Lehrerkonferenz
- Wegfall der Altersermäßigungen

5. Allgemeine Situation an den Schulen

a) Die Erhöhung der Unterrichtsstundenzahl für die einzelne Lehrkraft auf 27,6 Stunden führte zu verstärktem Unterrichtsausfall bei Erkrankungen (wenn GHS-Lehrer 28 Stunden bei 30 möglichen Stunden unterrichten, haben sie kaum noch Freistunden, in denen sie andere Kollegen vertreten können). Dies wird verstärkt, wenn die Verwaltungsstunden verringert werden (KLAUS).

b) Die Lehrer klagen über kaum noch zu ertragende Belastungen

- durch größere Klassenfrequenzen
- durch höheren Erwartungsdruck vonseiten der Eltern, aber auch der Schulaufsicht
- durch Kinder, die mehr individuellen Zuspruch brauchen
- durch jahrelange Überforderung (Überalterung der Kollegen)
- durch längere Arbeitszeit
- durch geplante schwer realisierbare Lehrpläne
- durch häufige Herabsetzung durch einige Regierungsmitglieder
- durch die Aufhebung der Altersermäßigungen
- durch den Zwang zu 3/4 Arbeit im Angestelltenverhältnis

- durch die vielen öffentlichen gehässigen Erörterungen über die sozialen Privilegien der Beamten (Beihilfe, Pension, Beförderung usw.).

Die Lehrkräfte sind verunsichert und demotiviert. Diese Entwicklung dringt noch kaum nach außen, weil der Anteil der idealistischen Lehrkräfte, denen das Wohl der Kinder sehr am Herzen liegt, noch sehr groß ist.

Es ist aber zu vermuten, daß diese idealistische Einstellung der Lehrkräfte zu ihrem Beruf in dem Maße schwindet, wie die Überbelastung steigt.

DEZENTRALISIERUNG VON VERANTWORTUNG IM SCHULBEREICH

Verfahren für die Ausschreibung von Planstellen an den Grund-, Grund- und Haupt-, Haupt-, Sonder- und Realschulen des Kreises Pinneberg sowie die Auswahl der Bewerber durch die Schulen und die Einstellung in den Schuldienst

– Schulrat Wulf Krützfeldt, Schulamts Pinneberg –

Vorbemerkung

Die Auswahlentscheidung hinsichtlich der Besetzung freier Planstellen durch die Schule bietet die Möglichkeit einer größeren Identifikation mit der an dieser Schule auszuübenden Tätigkeit als Lehrerin oder Lehrer. Die/Der betreffende Bewerberin/Bewerber, die/der ausgewählt worden ist, weiß, daß diese Schule sie/ihn haben möchte und umgekehrt weiß man in der Schule, daß speziell diese/r Bewerberin/Bewerber sich um diese Schule bemüht hat.

Die Schulen haben damit die Möglichkeit, auf die Fächerversorgung auch unter Berücksichtigung des eigenen Schulprofils Einfluß zu nehmen.

Verfahren

Das Verfahren zur Ausschreibung und Einstellung von Bewerbern für Planstellen an den o.g. Schulen gliedert sich in vier Schritte:

1. Feststellung der freien Stellen bezogen auf den Schuljahresbeginn zum 01.08. eines jeden Jahres.
2. Ausschreibung der freien Stellen im Nachrichtenblatt der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.
3. Auswahl der Bewerberinnen/Bewerber durch die Schulen.
4. Einstellung in den Schuldienst.

Zu 1.:

Das Schulamts erstellt im Februar eine grobe Verteilung der Planstellen auf die Schulen der einzelnen Schularten mit der Zielsetzung, eine angemessene und ausgeglichene Unterrichtsversorgung aller Schülerinnen und Schüler im Kreis sicherzustellen.

Grundlage dafür ist

- die personelle Veränderung aufgrund der am 15.11. erfolgten Anträge von Lehrkräften auf Beurlaubung, Teilzeitbeschäftigung, Versetzung und Entlassung bezogen auf den 1.8. des folgenden Schuljahres
- eine erste Prognose der Schülerzahlen durch die Schulen vom 15. Januar bezogen auf den 1.8. (Schuljahresbeginn) und
- die Zuteilung der voraussichtlichen Planstellen am 30. Januar durch das Ministerium auf den Kreis.

Bei der groben Zuteilung der Planstellen auf die einzelnen Schulen durch das Schulamts werden freie Planstellen festgestellt.

Unter Mitbestimmung des Bezirkspersonalrats legt das Schulamts fest, welche dieser freien Planstellen ausgeschrieben werden sollen.

Da weiterhin die Möglichkeit erhalten bleiben muß, Lehrkräften aus sozialen Gründen durch Versetzung helfen zu können (Fürsorgepflicht), werden nicht alle freien Planstellen ausgeschrieben.

Zu 2.:

Schulen, die am Ausschreibungsverfahren teilnehmen, werden informiert. Die betreffenden **Schulleiter/Schulleiterinnen** sowie die **örtlichen Personalräte** und **Gleichstellungsbeauftragten** werden zu einer gemeinsamen Schulung durch das Schulamt und den Bezirkspersonalrat zusammengezogen. Danach erarbeiten die Schulleiterinnen/Schulleiter unter Beteiligung der ÖPR und der GB einen Ausschreibungstext, in dem Schule, Schülerzahl, der Umfang der Planstelle, die erwünschten Fächer, zusätzlich erwünschte Fähigkeiten und das Schulprofil aufgeführt werden. Dieser Text ist standardisiert.

Wie die Erfahrung lehrt, sollten freie Planstellen zumindest im GH-Bereich in allernächster Zeit im Umfang einer ganzen Stelle ausgeschrieben werden, um erfolgreich zu sein.

Bei der erwünschten Fächerkombination ist eine Beschränkung auch auf ein Fach möglich, wenn jedes andere Fach neben diesem beliebig sein könnte.

Die Ausschreibungstexte werden dem Schulamt vorgelegt und hier zusammen mit der obersten Schulaufsicht unter redaktionellen Gesichtspunkten überarbeitet.

Die Veröffentlichung der Stellenausschreibungen erfolgt am 20. März im Nachrichtenblatt der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Vorangestellt wird ein allgemeiner Text, in dem auf den Nachweis beider Staatsexamen sowie sonstige Bewerbungsunterlagen und die Schule als unmittelbare Adressatin der Bewerbung hingewiesen wird.

Zu 3.:

Eingehende Bewerbungen bei der Schule werden mit Datum ihres Eingangs festgehalten und gesammelt. Nach Bewerbungsschluß erfolgt eine Beratung zwischen **Schulleiterin/Schulleiter**, dem **örtlichen Personalrat** und der **Gleichstellungsbeauftragten** über die eingegangenen Bewerbungen und die vorgelegten Qualifikationen. In diesem Gremium wird außerdem festgelegt, welche der Bewerberinnen oder Bewerber zu einem Vorstellungsgespräch in die Schule eingeladen werden sollen.

Schulleiterin/Schulleiter, örtlicher Personalrat und Gleichstellungsbeauftragte treffen eine Absprache nach Vorlage aller gewünschten Informationen über eine mögliche Reihenfolge der in die nähere Auswahl kommenden Bewerberinnen und Bewerber.

Die Beteiligung des Schulleiternbeiratsvorsitzenden sowie eines Vertreters des Schulträgers am Auswahlverfahren waren aus rechtlichen Gründen bisher nicht möglich.

Gegen die Beteiligung der/des Schulleiternbeiratsvorsitzenden am Auswahlverfahren beständen seitens des Schulamtes keine Bedenken.

Eingestellt werden kann nur nach Leistung, Eignung und Befähigung. Daher sind die zugrundeliegenden Noten zunächst miteinander zu vergleichen.

Eine Entscheidung für den Bewerber mit einer Note, die um eine Notenstufe von einem Mitbewerber nach unten abweicht, ist dann zu akzeptieren, wenn die zusätzlich gewünschten Eigenschaften nur bei diesem Bewerber vorliegen.

Die Schule teilt dem Schulamt die gewünschte Reihenfolge der Bewerber (1-4) mit und macht eventuell abweichende Voten des ÖPR oder der GB kenntlich.

Daneben übergibt sie dem Schulamt eine Liste aller eingegangenen Bewerbungen mit Eingangsdatum, Namen und Examensnoten.

Zu 4.:

Im Schulamt erfolgt eine rechtliche Überprüfung der eingegangenen Besetzungsvorschläge durch die Schulen unter Mitwirkung des Bezirkspersonalrats.

Die Einstellung erfolgt in der Reihenfolge der genannten Besetzungsvorschläge durch das Schulamt. Bewerber und Schulen erhalten mündlich eine Vorabinformation. Die Schulen übersenden allen Mitbewerbern ein standardisiertes Ablehnungsschreiben.

Die ausgewählten Bewerber erhalten abschließend möglichst zeitnah einen Einstellungsvertrag durch das Schulamt.

Nicht besetzte Planstellen werden im herkömmlichen Verfahren besetzt.

IHK-BILDUNGSSYMPOSIUM AUSBILDUNGSREIFE AUF DEM PRÜFSTAND

Schule und Wirtschaft rücken in der beruflichen Bildung weiter zusammen
- Dr. Karsten Mehner / Dr. Uwe Christiansen -

Mit Brief und Siegel - Ausbildungsreife auf dem Prüfstand, so lautete das Motto des vom Deutschen Industrie- und Handelstag und den norddeutschen Industrie- und Handelskammern ausgerichteten 4. bildungspolitischen Symposiums. Mit über dreihundert Repräsentanten aus Schule, Hochschule, betrieblicher Ausbildung und Unternehmen gewinnt diese Form des Dialogs zwischen dem Bildungsbereich und der Wirtschaft Bedeutung zunehmend über den norddeutschen Raum hinaus. Der Aussagekraft und Tauglichkeit von Abschlüssen der Schulen und Hochschulen kommt in einem von globalem Wettbewerb bestimmten Wirtschaftsstandort Deutschland eminente Bedeutung zu. Auf der Suche nach Gemeinsamkeiten bewegen sich Schulpraktiker und Unternehmen streckenweise schneller und konstruktiver aufeinander zu als es die Bildungspolitik zuläßt. Mit einer für schul- und bildungspo-

litische Debatten bemerkenswert ideologiefreien Ernsthaftigkeit und Sachlichkeit und begleitet von wachsendem Respekt vor der Kompetenz des jeweils anderen festigt sich eine Partnerschaft zwischen Vertretern der Wirtschaft und des Bildungswesens, die in einer ansonsten als desolat zu beschreibenden Bildungslandschaft Zeichen der Hoffnung aufkeimen läßt. Launig befragt und moderiert von dem Journalisten Ernst-Dieter Lueg diskutierten hochrangige Vertreter aus Schule, Hochschule, Bildungspolitik und Wirtschaft erfreulicherweise mehr miteinander als gegeneinander. In mancherlei Hinsicht zeigte die Veranstaltung eine überraschende Gegenwelt zu den gängigen Stereotypen über das Schulwesen wie sie in den vielfach zersplitterten Facetten landeshoheitlicher Bildungspolitik zu sehen sind.

Der Blick auf die bundesdeutsche Bildungslandschaft verheißt zunächst einmal nichts Gutes: Schul- und Hochschulbauten mit Zeichen des Verfalls, erlahmendes gesellschaftliches Interesse und Verantwortungsgefühl auf seiten des akademischen Nachwuchses, erschreckende Zunahme der Gewaltbereitschaft schon bei Kindern in den Grundschulen, einhergehend mit bedenklichen psychischen und physischen Entwicklungsdefiziten, übervolle Schulklassen und Hochschulseminare, überfordertes Lehrpersonal, dem motivierter, belebender Nachwuchs angesichts leerer Kassen nicht in Aussicht steht, und all das in einem System der föderalen Kleinstaaterei mit 16 Kultusministerien und einem Bundesbildungsministerium, die dem ohnehin ideologiefälligen Bildungsbereich wahrliche Tummelplätze für schulpolitisches Klein-klein bieten. Ist in dem einen Bundesland das Abitur nach zwölf Schuljahren zu erreichen, kommt dies im anderen dem bildungspolitischen

Untergang des Abendlandes gleich. Feiert neuerdings das eine oder andere Bundesland die Verabschiedung neuer Schulgesetze als Aufbruch des jeweiligen Schulwesens aus einem Tal finsterner vordemokratischer Verhältnisse und versucht sich eifrig am Umbau der Schule hin zu einer sozialpädagogischen Betreuungsanstalt mit jüngst von der Kultusministerkonferenz gebilligter individueller Abiturregelung, halten andere Länder unverdrossen am Zentralabitur fest.

Schulen auf dem Weg ins Abseits?

Aufgrund einer nicht zu überwindenden Wirkungsverzögerung können Bildungseinrichtungen stets nur im Nachgang angemessen auf aktuelle gesellschaftliche Veränderungen und Anforderungen reagieren. Sie sehen sich deshalb per se fortwährend dem Vorwurf mangelnder Aktualität ausgesetzt. Deshalb ist es eine der vornehmsten Aufgaben der Bildungs-

verwaltung, den Grad der "Rückständigkeit" von Schulen und Hochschulen so gering wie möglich zu halten und Lehrende wie Lernende vor unqualifizierten und pauschalen Verunglimpfungen aus dem Dunstkreis von Stammtischen zu schützen. Nur so lassen sich schulische Einsatz- und Lernbereitschaft aufrechterhalten. Dies verlangt glaubwürdige und reputierliche Persönlichkeiten in der Bildungspolitik, die sich der Bildung verpflichtet fühlen und sich im Interesse der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe als resistent gegenüber kurzfristigen persönlichen oder parteilichen Effekthaschereien erwiesen haben. Und dies gilt um so mehr in einer Zeit, in der bereits Jugendliche im Sport und in der Unterhaltungsbranche finanzielle Einnahmen erzielen, die die Erträge eines von langjähriger Ausbildung und verantwortungsvollem Engagement gekennzeichneten Berufslebens zur Bedeutungslosigkeit degradieren und Appelle zur schulischen und beruflichen Anstrengung bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden gefährlich unterlaufen.

Die Politik, reagiert gegenüber dem Bildungsbereich leider manchmal so, als bedarf es seiner kaum mehr, als sei seine Funktion überflüssig. Das 1996 geäußerte Wort von den "faulen Säcken" aus dem Munde eines Politikers markiert nur die Spitze der Ausfälle gegenüber dem gesamten Bildungswesen. Wer glaubt, das ganze vollziehe sich vor dem Hintergrund sattem kolportierter Zerrbilder konservativ-ständischer Bildungsrestriktion einerseits und emanzipatorischer Bildungsansprüche gewerkschaftlich orientierter linksgrün/alternativer Provenienz sieht sich getäuscht. Rücknahme von Stundenermäßigungen für ältere Pädagogen, Erhöhung der Pflichtstundenzahl, Dekretierung neuer Organisationsformen und Einschränkung der Reinigung in den Schulgebäuden sind nur Beispiele, wie in den norddeutschen Ländern den Beschäftigten im Schulwesen die Daumenschrauben angesetzt werden. Oftmals wenig registriert und dennoch um so befremdlicher: Es sind die Angehörigen der "Willywählen-Generation", die aus dem gewerkschaftlichen Umfeld der Lehrer stammen und die jetzt in politischen Ämtern und Würden stehend ihre Kollegen und Kolle-

ginnen mit dem Vorwurf der "Larmoyanz" oder der "Beamtenträgheit" überziehen.

Während so reichlich bildungspolitisches Porzellan zerschlagen wird, als gäbe es mehr als genug davon, fallen im internationalen Vergleich deutsche Bildungsleistungen zunehmend ungehindert auf die hinteren Plätze. Je nach Standort werden entsprechende Umfrageergebnisse von den bildungspolitisch Verantwortlichen negiert, als Panikmache zurückgewiesen oder mit Spitzfindigkeiten versuchsweise entkräftet. Den nachwachsenden Schülern, Auszubildenden und Studenten hilft das wenig - und auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland und seinen Betrieben und Unternehmen nicht.

Dialog Schule und Wirtschaft - Ausweg aus der Misere?

Wo Bildungspolitiker noch in wohlfeiler Beliebigkeit verharren, erwächst den Schulen und Hochschulen in Gestalt der Wirtschaft und ihrer Institutionen ein Partner, der vor wenigen Jahren noch als der "Leibhaftige" kaum über deren Türschwellen gelassen worden wäre. Es vollzieht sich für den langjährigen Beobachter der bundesdeutschen Bildungsszene schon Erstaunliches, wenn der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes unter dem Beifall der versammelten Pädagogen mahnt, man habe in der Bildungspolitik zu lange von der Substanz früherer Bildungserfolge gelebt. Man müsse sich jetzt angesichts weltweiter Herausforderungen schleunigst von liebgewonnenen Lebenslügen verabschieden. Lebenslüge Nummer eins, so Kraus, ist die Vorstellung, es ginge in der Schule ohne Leistung zu oder man könne einen schulischen Leistungsbegriff sui generis neben dem der Berufs- und Arbeitswelt etablieren. Lebenslüge Nummer zwei sei die Abschaffung des Eignungsprinzips und der Verzicht auf Wegweisungen innerhalb der Schule angesichts uneingeschränkter Individualität und Beliebigkeit. Und Lebenslüge Nummer drei sei die Annahme, daß eine "autonome Schule" die materiellen Mängel, unter denen Schule und Hochschule heute leiden, überwinde oder auch nur besser verwalte.

Jeder Lehrerfunktionär wäre vor Jahren noch mit diesen Äußerungen Gefahr gelaufen, nicht von den Unternehmensvertretern, wohl aber von seinen Lehrerkollegen gesteinigt zu werden. Das Urteil über die Eignung eines Schülers hinsichtlich seiner Schullaufbahn gehört nach manchen Entscheidungen der Schulpolitik - paradoxerweise - nicht in die Hand der Erziehungsprofis. Freie Wahl der Schulform, was in der Praxis nahezu immer die Wahl des Gymnasiums oder mindestens der Realschule auch gegen das Votum der vorlaufenden Grundschullehrer erfolgte, war die pädagogische und bei Eltern verständlicherweise nur zu beliebte Maximalforderung. Ein Weg, der einer Vielzahl von Kindern und Jugendlichen jahrelange Frustrations- und Versagenserlebnisse in der Schule bescherte, wenn ungebremselter Elternwunsch das Entscheidungskriterium für die Wahl der weiterführenden Schulform bildete. Heute mehren sich die Stimmen, die auf die Frage nach der Angemessenheit des gegenwärtigen Lehrertypus, bezogen auf anstehende Herausforderungen, vor einer "Sozialpädagogisierung" wie sie gegenwärtig in manchen Bundesländern angesteuert wird, zu warnen. Es wächst die Erkenntnis, daß Lehrer nicht "Ausputzer" oder "Problemrecycler" gesellschaftlicher Fehlentwicklungen sein dürfen, sondern Lehrer sein und bleiben müssen.

Nachdrückliche Worte in Richtung auf die Wirtschaft kamen von dem Präsidenten der Universität Hamburg, der auf Studienbedingungen an den deutschen Hochschulen verwies, wie es sie zu Beginn der sechziger Jahre in Deutschland gab. Diese waren, verbunden mit dem von Picht geprägten Begriff der Bildungskatastrophe, die Auslöser der seinerzeitigen Bildungsoffensive. Neben einer hohen Quote von Studienabbrechern stehe der Wirtschaft eine insgesamt sehr motivierte Studentenschaft zur Verfügung, die es zu fördern und nicht durch Pauschalierungen zu verprellen gelte. Der Präsident rechnete am Beispiel der Hamburger Universität vor, daß ein Drittel der Studierenden bereits eine praktische berufliche Ausbildung absolviert habe, zwischen 50 und 70 Prozent berufstätig waren oder aus Gründen des Gelderwerbs neben dem Studium

arbeiteten und somit durchaus über arbeitsweltrelevante Erfahrungen verfügen.

Schulische Leistungsprofile gefragt

Es mag nicht verwundern, wenn auf seiten der Kultusadministration davor gewarnt wird, daß Schulen "modernistisch" jeweiligen kurzfristigen Qualifikationsbedürfnissen der Betriebe nachlaufen. Dabei handelt es sich um eine Position der Distanz, die zunehmend in bundesdeutschen Schulkollegien an Rückhalt verlieren dürfte. Die Einschätzung, Schule sei eine Veranstaltung, die Verwertungsinteressen der Wirtschaft unterliege, dürfte vermutlich nur noch in pädagogischen Reservaten Nachhall finden. Dies gilt ebenso für die Behauptung, der Drang nach höherwertigen Schulabschlüssen sei eine Folge eines bedenkenlosen Selektionsverfahrens, bei dem sich die Unternehmen uneingeschränkt der jeweils formal bestmöglich qualifizierten Schulabsolventen bediene. Das Bild einer so instrumentalisierten Schule und Lehrerschaft jedenfalls findet in der Wirtschaft keinen Anklang. Eher das Gegenteil ist der Fall. Wirtschaftsverbände und Unternehmen wünschen sich eine Lehrerschaft, die von fachlicher Autorität geprägt ist.

Die allzu schnell mit dem Signet der "Ewigkeit" versehene Kritik aus der Wirtschaft an der Beherrschung der Kulturtechniken verdeutlicht die Sorge der Unternehmen. Die Kulturtechniken werden als Basisausdruck von Ausbildungsreife gesehen. Dazu gehören Beherrschung der Grundrechenarten, die Fähigkeit zur direkten sprachlichen und schriftlichen Wiedergabe einfacher Texte, ein grundlegendes geografisches Orientierungswissen und elementare Kenntnisse in einer Fremdsprache. Aus dem Lager der Unternehmen und ihrer Verbände ist zunehmend zu hören, daß dieses Wissen, verbunden mit den notwendigen Techniken im personalen und sozialen Kompetenzbereich, auch in einem Zeugnis gewissenhaft dokumentiert werden müsse. Die Betriebe wünschen sich mehr Aussagekraft schulischer Zeugnisse, die auch eine nicht beschönigte Kommentierung des Arbeitsverhaltens enthalten. Aufmerken lassen sollte der Hinweis von betrieblicher Seite, daß eine

solche Dokumentation und Bewertung für viele Unternehmen bei der Einstellung von Auszubildenden geschätzt werden würde. Der Präsident der schleswig-holsteinischen Unternehmensverbände, brachte es auf die knappe Formel: „Wir wollen bildungshungrige junge Leute, die sich dem Neuen zuwenden.“ Im übrigen schiele man keineswegs nach den Abiturienten. Vielmehr reservierten viele Unternehmen Stellen für Hauptschüler und Realschüler. Dennoch bleiben handwerkliche Arbeitsplätze wie die eines Müllers unbesetzt, weil auch Hauptschüler, so die Beobachtung, sich hinsichtlich ihrer Fähigkeit und Eignung im Hinblick auf Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt vielfach falsch ein- oder sogar überschätzten. Das Fazit der Wirtschaft: Orientierung, Wegweisung und Hilfestellung zur realistischen Selbsteinschätzung zu geben ist ebenso Aufgabe der allgemeinbildenden Schulen wie eine klare und realistische Leistungsbewertung, die dann auch in den schulischen Abschlüssen deutlich werden muß.

Besonderen Raum nahm in dem Gespräch die Problematik leistungsschwacher Haupt- und Sonderschüler ein. Auch hier zeichnete sich eine deutliche Übereinstimmung zwischen den Schulpraktikern und Wirtschaftsvertretern ab. Abgelehnt wurde die mancherorts angestrebte Auflösung der Hauptschulen ebenso wie die weitere Verwischung der Schulprofile der Haupt- und Realschulen zu integrierten Gesamtschulen zweiter Ordnung. Klare Profilbildung im Bereich der Hauptschulen bei bevorzugter personeller und materieller Mittelausstattung und ausschließlicher Berechtigung zur Erteilung des Hauptschulzeugnisses lautete die Forderung des Deutschen Lehrerverbandes. Von der Hochschule wurde sekundiert, endlich mit der Enttabuisierung leistungsschwacher Schüler zu beginnen. Wirtschaft und Schule müßten gleichermaßen akzeptieren, daß es Jugendliche gebe, die nicht ungebrochen den Leistungsanforderungen einer sich beschleunigenden Innovation in Wirtschaft und Berufsleben entsprechen können. Dennoch müßten auch diesen in der Wirtschaft berufliche Chancen eröffnet wer-

den. Die Etablierung von Ausbildungsgängen unterhalb der jetzigen Lehrausbildungen könnte ein Weg sein, den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern. Hier erwarten Hochschulen und Lehrerverbände von der Wirtschaft, Realismus zu beweisen und adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten zu entwickeln. Hier sind aber auch die Tarifpartner in die Pflicht genommen, Ausbildungsordnungen und Ausbildungsgänge nicht zu überzeichnen, will man nicht unüberwindliche Hürden für Hauptschüler errichten.

Das 4. schulpolitische Symposium in Norddeutschland dürfte Wirkungen nach sich ziehen, die gegenwärtig noch nicht abzuschätzen sind. Doch schon jetzt kann gesagt werden: Schule und Wirtschaft haben auf einem so sensiblen Feld wie dem der Bewertung und der Akzeptanz von schulischen und universitären Abschlüssen ein beachtliches Maß an Konstruktivität im Dialog unter Hintanstellung gruppenspezifischer Eitelkeiten und Rechthaberei in der Sache gezeigt. Der Umstand, daß eine solche Veranstaltung nunmehr zum vierten Mal mit steigender Beteiligung durchgeführt werden konnte, muß auch Skeptiker und Hardliner aus verkrusteten oder ideologiegeleiteten Positionen herauslocken im Interesse des Fortbestandes und der Weiterentwicklung wettbewerbsorientierter Bildungsstrukturen. Die Leichtigkeit, mit der die versammelten Pädagogen und Wirtschaftsvertreter vermeintlich sakrosankte schulpolitische Wahrheiten und Tabubereiche in höchst verantwortungsvoller Weise angingen, dürfte dem "klassischen" Alt-68er-Pädagogen noch einige Bauchschmerzen bereiten. Eine steigende Zahl von Lehrerinnen und Lehrern im Schuldienst dürfte dagegen mit wachsendem Interesse verfolgen, daß ausgerechnet die einstmals von vielen Pädagogen als schnöde zitierte Wirtschaft es ist, die ihnen bei der Rückgewinnung von Autorität, gesellschaftlichem Rückhalt und fachlicher Reputation den Rücken stärkt.

Bei alldem sollten Schule und Wirtschaft das Ziel ihrer gemeinsamen Bemühungen nicht aus den Augen verlieren: unsere Kinder lebensfähig zu machen.

FRAGEBOGENAKTION ZUR INTEGRATION

– Gudrun Ihrle-Glagau und Wolfgang Buck –

Gedanken zum Fragebogen des s/vsh

Integration ist nach § 5 des Schulgesetzes des Landes Schleswig-Holstein Auftrag der Schulen unseres Landes. Der Begriff löst bei vielen Pädagogen Emotionen aus. Um als Verband bei den Gesprächen mit der Landesregierung möglichst klare Positionen beziehen zu können, haben wir alle Schulen um Mitarbeit gebeten.

Es sollten 3 Bereiche durch die Befragung konkretisiert werden:

1. *Der Überblick zum derzeitigen Stand der Verwirklichung des Integrationsauftrages.*
2. *Die Einschätzung der Realität auf der Basis eigener Erfahrungen.*
3. *Die Darstellung der Forderungen, die aus Sicht der Schulen mit Integrationserfahrungen für eine sinnvolle Durchführung integrativer Beschulung zu stellen sind.*

Der s/vsh möchte dieses Thema offen diskutieren. Neben den Vorteilen gemeinsamer Beschulung aller Kinder sollen auch die Bedenken engagierter Pädagogen bei der Suche nach dem besten Weg für schulische Bildung ernstgenommen werden, Bedenken, die weniger die *Idee der Integration* als die *Möglichkeiten der Umsetzung* in der Praxis betreffen. Hier will der Verband gegen Halbheiten eintreten. Wenn die Bedingungen, die aus der Sicht der Praxis wenigstens annähernd zu gewährleisten wären, nicht geschaffen werden können, dann ist aus der Sicht des Verbandes der demokratische Prozeß in dieser Richtung noch nicht weit genug gediehen. Der gesetzliche Auftrag an die Schulen sollte sich im Rahmen des z. Zt. Erreichbaren halten. Diese Bandbreite des Machbaren zu beschreiben und hier als

kompetenter Gesprächspartner der Landesregierung Realismen voranzutreiben, erachtet der s/vsh als eine seiner zentralen Aufgaben.

Neben der Auswertung der drei o. g. Bereiche der Erhebung sollten daher auch von den zahlreichen Praxisberichten und Kommentaren eine Auswahl die aktuelle Situation an den Schulen verdeutlichen. Der Teil „Kommentare ohne Kommentar“ ist keiner bewußten Sortierung unterworfen worden; wir haben uns im Gegenteil bemüht, das Spektrum in seiner Breite aufzuzeigen.

Die hohe Beteiligung aller Schularten läßt erkennen, wieviel Bedeutung der Entwicklung der Integration von Seiten der Schulen entgegengebracht wird. Daß auch Gesamtschulen, Gymnasien und Realschulen sich beteiligten, obwohl diese Schularten mit Integration noch wenig Erfahrung gemacht haben, zeigt aus unserer Sicht, wie positiv Pädagogen auf Diskussionsangebote einzugehen bereit sind.

Der s/vsh dankt an dieser Stelle noch einmal allen Schulen für ihre Unterstützung, besonders aber den Schulen, die sich beteiligten, ohne daß schon eine Verbandsmitgliedschaft bestand.

Anmerkungen zur Auswertung der Fragebogenangaben:

Da viele Fragebogen nicht vollständig ausgefüllt waren, ergaben sich bei der Auswertung einzelner Fragenkomplexe stellenweise andere Bezugsgrößen. Bei Angaben, bei denen offensichtlich Unklarheiten vorlagen, haben wir auf die Einbeziehung in die Berechnung verzichtet. Die Auswertung stellt nicht den Anspruch, wissenschaftlichen Kriterien zu genügen. Sie will so exakt und umfangreich - wie unter den gegebenen Umständen möglich und aufwandmäßig vertretbar - informieren und Situationen beschreiben.

1. Überblick zum derzeitigen Stand der Verwirklichung des Integrationsauftrages

a. Allgemeines:

An der Umfrage haben sich 346 Schulen von 1127 angeschriebenen beteiligt, das ist eine *Rücklaufquote* von 31%. Hervor-

zuheben ist, daß bei den Hauptschulen (52%), den Grundschulen (33%) und den Förderschulen (39%) ein offensichtlich großes Interesse an der Thematik besteht.

Tabelle 1:

Beteiligung der Schulen an der Fragebogenaktion des s/vsh
mit Angaben zu Integrationserfahrungen

			Angaben im Fragebogen		Schulen ohne Integrat. in %	Schulen mit Integration Erfahrung in Jahren			
			relativ vollständ. dig in %	nur teilw. vollständig in %		Angaben in %			Durchschnitt i. Jahren
						keine	<2 J.	>2 J.	
Grundsch.	127	33	72	8	20	25	7	68	4,8 J.
Hauptsch.	25	52	72	16	12	12	20	44	3,7 J.
GHS	70	34	86	3	26	1	9	60	6,2 J.
Sondersch.	60	39	71	34	11	4	10	63	5,0 J.
Realsch.	32	19	13	16	69	6	o.Bewert.	o.Bew.	o.Bew.
Gymn.	26	26	0	42	58	81	o.Bewert.	o.Bew.	o.Bew.
Gesamtsch.	2	10	100	0	50		o.Bewert.	o.Bew.	o.Bew.
Ber. Sch.	4	9	0	0	--	andere Ausgangslage			
	346	31	64	15	28	18	8	54	4,9 J.

Wie zu erwarten, kommen die Schülerinnen und Schüler der Grund-, Haupt- (65%) und Förderschulen (76%) überwiegend aus ländlichen *Einzugsbereichen* und werden in den Regelschulen zu 85%, in den Förderschulen zu 44% in *Jahrgangsklassen* unterrichtet.

Die in Integrationsmaßnahmen beschulten Sonderschüler (Durchschnitt 2,9 Schüler/Klasse) stammen *mehrheitlich* aus dem *Schuleinzugsbereich* ihrer Regelschule. Der Unterricht wird *weitgehend lehrerzentriert* erteilt, offene Unterrichtsformen werden nur von 30% der GS, HS, GHS und FöS angegeben. In den meisten Fällen, in den HS stärker als in den GS, unterstützen die Sonderschullehrer den Unterricht im Klassenverband. Ersatzunterricht wird seltener, Zusatzunterricht noch weniger genannt.

Von den 102 *Gymnasien* des Landes beteiligten sich an der Erhebung 26, das ist eine *Rücksendequote* von 25%. Von die-

sen meldeten 8 Schulen eine mehrjährige Erfahrung mit der Beschulung von hör-, seh- und körperbehinderten Schülerinnen und Schülern. 4 beurteilten diese Maßnahmen positiv (>75% Akzeptanz), die anderen 4 machten keine Angaben. Über Erfahrungen mit der Integration von Lernbehinderten und Geistigbehinderten berichtete keine der Schulen. Weitergehende Aussagen lassen sich aufgrund der geringen Anzahl vollständig ausgefüllter Fragebögen nicht machen.

Bei den *Realschulen* haben sich von 169 Schulen 32 an der Umfrage beteiligt (19%). 9 dieser Schulen meldeten Erfahrungen mit der gemeinsamen Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern. 5 Schulen bewerten diese Maßnahmen positiv (>75% Akzeptanz), eine negativ und 3 stehen ihr mehr neutral gegenüber. Hier wurden wie auch bei den Gymnasien hauptsächlich Erfahrungen mit Hör- und Körperbehinderten gemacht.

Tabelle 2:

Auswertung Integrationsklassen an 127 GS, 26 HS und 60 GHS (= 213 Schulen)													
	1.Kl.	2.Kl.	3.Kl.	4.Kl.	Zus.GS	5.Kl.	6.Kl.	7.Kl.	8.Kl.	9.Kl.	10.Kl.	Zus.HS	GS u. HS
Gesamtschülerzahl:	1021	1316	1383	1349	5069	415	387	437	286	58		1583	6652
erfasste Klassen:	49	63	62	65	239	22	19	21	13	3		78	317
Schüler/Klasse:	20,8	20,9	22,3	20,8	21,2	18,9	20,3	20,8	22	19,3		20,3	20,8
Klassen bis 20 Sch.:	24	33	22	32	111	16	10	12	6	2		46	167
%	49	52,3	35,5	49,2	46,4	72,7	52,6	57,1	46,2	67		59,1	52,8
20 bis 25 Sch.:	18	20	26	26	90	6	8	5	5	1		25	115
%	36,7	31,8	41,9	41,6	37,7	27,3	42,1	23,9	38,4	33		32,9	35,3
> 25 Sch.:	7	10	14	6	37	0	1	4	2	0		7	44
%	14,3	15,9	22,6	9,2	15,5	0	9,8	19	15,4	0		14,7	15,1
Anzahl Regelschüler:	869	1140	1200	1155	4364	349	336	329	241	49		1304	5668
erfasste Klassen:	49	62	62	63	236	22	19	18	12	3		74	310
Regelschüler/Klasse:	17,7	18,4	19,4	18,3	18,5	15,9	17,7	18,3	20,1	16,3		17,7	18,1
Anzahl Förderschüler:	164	165	195	176	700	78	63	65	36	10		252	962
erfasste Klassen:	52	64	66	67	249	24	23	23	14	3		87	336
Förderschüler/Klasse:	3,2	2,6	3	2,6	2,9	3,3	2,7	2,8	2,6	3,3		2,9	2,9
Klassen mit 1-2 Fö-Sch.:	28	38	32	37	135	13	13	13	8	1		48	183
%	63,8	59,4	48,5	55,2	56,7	54,2	56,5	56,5	57,1	33,3		51,5	64,1
Anzahl So-Lehrerstunden:	344	324	357	366	1391	138	130	137	67	13		485	1876
erfasste Klassen:	50	59	57	66	232	22	20	21	12	3		78	310
So-Lehrerstunden/Klasse:	6,9	5,5	6,3	5,5	6,1	6,3	6,5	6,5	5,6	4,3		5,8	6
Anz. Kl. mit 0-5 So-LStd:	23	37	29	40	129	16	11	12	7	2		48	177
%	46	62,7	50,9	60,6	55,1	72,7	55	57,9	58,3	66,7		62,1	58,8
Anz. Kl. mit > 9 So-LStd:	16	11	14	13	54	4	5	7	3	0		19	73
%	32	18,6	24,6	19,7	23,7	18,2	25	33,3	25	0		25,4	24,6
Anz. Kl. mit > 14 So-LStd:						2	2	4	1	0		9	9
%						9,1	10	19	8,3	0		11,6	11,8
Anz. Std/Fö-Schüler:	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1	1,9	2,4	2,3	2,2	1,3		2	2,1

b. Beschreibung der aktuellen Bedingungen in integr. Maßnahmen (Schuljahr 1996/97):

Die Umfrage kann auf Informationen von 222 Grund-, Haupt-, Grund- und Hauptschulen sowie 60 Sonderschulen zurückgreifen. Das sind Daten von 239 Grund- und 78 Hauptschulklassen mit *insgesamt 5618 Regelschülern und 952 Sonderschülern*, die in den Klassenstufen 1 bis 9 gemeinsam unterrichtet werden (s. Tabelle 2). Dabei ist die *Klassenfrequenz* in allen Grund- und Hauptschul-Integrationsklassen kaum größer als 20 Schüler insgesamt, unter denen sich durchschnittlich ca. 3 Sonderschüler befinden (s. Tabelle 2). Diese sehr günstige Durchschnittsgröße läßt aber, genauer betrachtet, erkennen, daß zwar in ca. der Hälfte der Klassen etwa 20 Schüler sind, in 33% der Klassen jedoch bis zu 25 Schüler und in ca 15% mehr als 25 Schüler beschult werden.

Die durchschnittliche Zahl von 2,9 *Sonderschülern/Klasse* wird nur von knapp 50% der Klassen erreicht, d. h. daß in mehr als 50% aller Integrationsklassen lediglich 1 bis 2 Sonderschüler integrativ beschult werden. Für die Unterrichtspraxis bedeutet diese kleine Anzahl Sonderschüler/I-Klasse bei einer durchschnittlichen Zuweisung von ca. 2 So.-Lehrerstunden /Förderschüler, daß heute in 54% aller I-

Klassen für die behinderten Schüler nur 2 bis 4 So.-Lehrerstunden für ihre individuelle Förderung zur Verfügung stehen.

Die höhere So.-Lehrerstundenzuweisung z. B. für G- und K-Schüler sind in der in Tabelle 2 ausgewiesenen Zahl von durchschnittlich 2,1 So.-Lehrerstunden/Förderschüler enthalten.

Der Anteil von I-Klassen mit 0 bis 5 So.-Lehrerstunden/Klasse liegt im GS-Bereich zwischen 48,5% und 59,4%, und im HS-Bereich zwischen 55% und 72,7%. Auch hier ist die höhere So.-Lehrerstundenzuweisung für G- und K-Schüler in die Berechnung miteingeflossen.

Der Unterricht wird nur in knapp einem Viertel der I-Klassen durch 10 und mehr So.-Lehrerstunden unterstützt. Auch im Hauptschulbereich ist diese sonderpädagogische Unterstützung kaum höher.

Das Auswertungsergebnis von 40 Sonderschulen zeigt ebenfalls, daß in der Praxis ein Unterricht der dem individuellen Förderbedarf behinderter Schüler und Schülerinnen bezüglich der personellen Voraussetzung in der Unterrichtsversorgung mit Sonderschullehrerstunden noch nicht realisiert ist.

Tabelle 3:

Auswertung Sonderschulen: Bearbeitet wurden Angaben von 40 Förderschulen, die 542 Förderschüler in I-Maßnahmen betreuen

Behinderungsart:	Lb	S	G	V	K	H	B/S
Betreute I-Kinder	404	65	46	7	14	3	3
erfaßte Schulen	39	7	13	5	12	2	3
FöSchüler/Schule	10,3	9,2	3,5	1,4	1,2	1,5	1
So-LStd/Schüler in der betr. I-Maßnahme	2	1,7	5,5	3,8	3,6	keine ausw.	
erfasste Schulen	37	5	11	3	5	Angaben	
So-LStd/Schüler an der eigenen Schule	1,8	2,2	5				
erfaßte Schulen	20	3	3				
% - Anteil an I-Schülern	74,5	12	8,5	1,3	2,6	0,6	0,6

Von 542 behinderten Schülerinnen und Schülern, die in I-Maßnahmen durch 40 Förderschulen betreut werden, sind ca. 75% lernbehindert. Ihnen stehen pro Schüler nur 2 So-Lehrerstunden zur Verfügung, d. h. die oben bei den Regelschulen errechneten Ergebnisse werden bestätigt.

Die Fragebögen der Sprachheilschulen waren schwierig auszuwerten, weil hier nicht immer klar zu unterscheiden war, ob sich die gemachten Angaben auf die eigene Schule bzw. auf betreute I-Maßnahmen bezogen.

Obwohl es nicht Ziel der Umfrage war, die Situation der Förderschulen des Landes zu erfassen, muß an dieser Stelle ange-

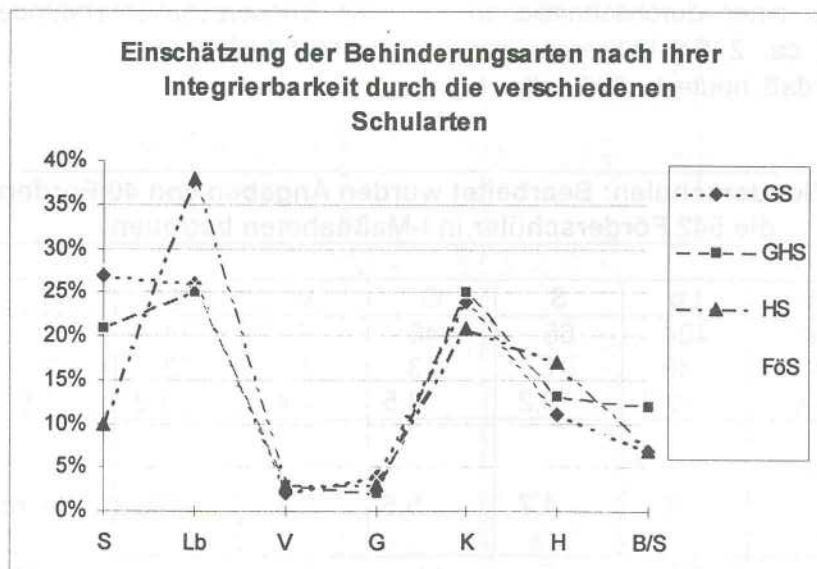
merkt werden, daß durch die zunehmende Aufteilung der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf Regelschulen die Zahl der in den Sonderschulen geförderten Kinder zurückgehen muß. Der von So.-Lehrern häufig geäußerte Verdacht, daß integrativ beschulte Kinder besser mit Lehrerstunden versorgt würden als die Schüler an Förderschulen, konnte durch diese Umfrage nicht erhärtet werden. Wohl aber ist plausibel, daß es durch die zunehmende Integration zu Zusammenlegungen von Klassenstufen in den Sonderschulen kommt. Es werden z. Zt. nur noch 44% aller in Förderschulen beschulten Kinder in reinen Jahrgangsklassen unterrichtet.

2. Einschätzung der Realität auf der Basis eigener Erfahrungen.

Bei der Einschätzung der *Behinderungsarten nach ihrer Integrierbarkeit* (Tabelle 4) sind klar erkennbar für die Integration von Sprach-, Lern- und Körperbehinderten von allen Schularten die meisten Votes abgegeben worden. Auch die Votes für die Hörgeschädigten liegen relativ hoch. Verhaltensgestörte und geistigbehinderte Schüler wurden wesentlich seltener als gut

integrierbar eingestuft. Erstaunlich ist, daß die Hauptschulen besonders häufig (38% aller Nennungen) eine gute Integrierbarkeit von lernbehinderten Schülern angeben. Es ist ebenfalls auffällig, daß von den Sonderschulen die Votes für Körperbehinderte und Hörgeschädigte bezogen auf ihre Integrierbarkeit, niedriger lagen als die der übrigen Schulen

Tabelle 4:



Die *räumliche Situation* für integrative Maßnahmen wird von mehr als 50% der Schulen als positiv angegeben (Tabelle 5).

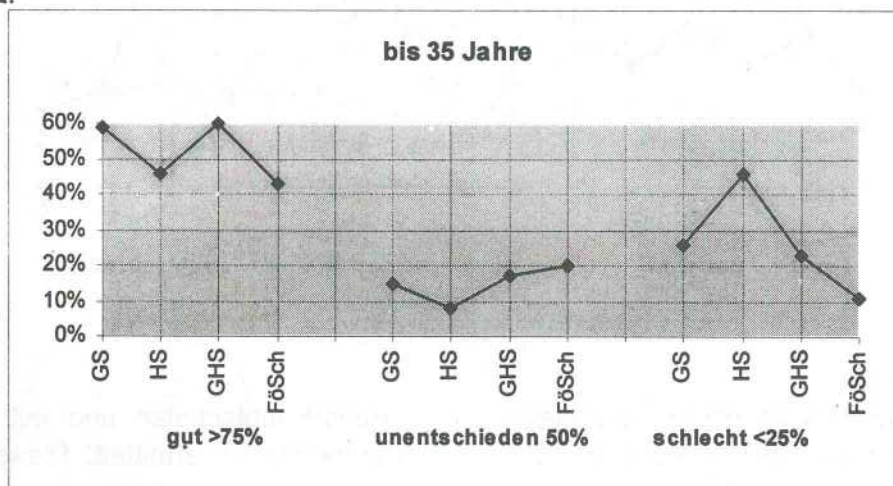
Die Einschätzung durch die Sonderschulen liegt aber deutlich niedriger.

Tabelle 5:

Bewertung der räumlichen Situation durch 92 GS, 48 GHS, 18 HS und 48 FöS				
	GS	GHS	HS	FöSch
positiv	57%	56%	61%	46%
negativ	39%	40%	33%	46%
ohne klare Angaben	4%	4%	4%	8%

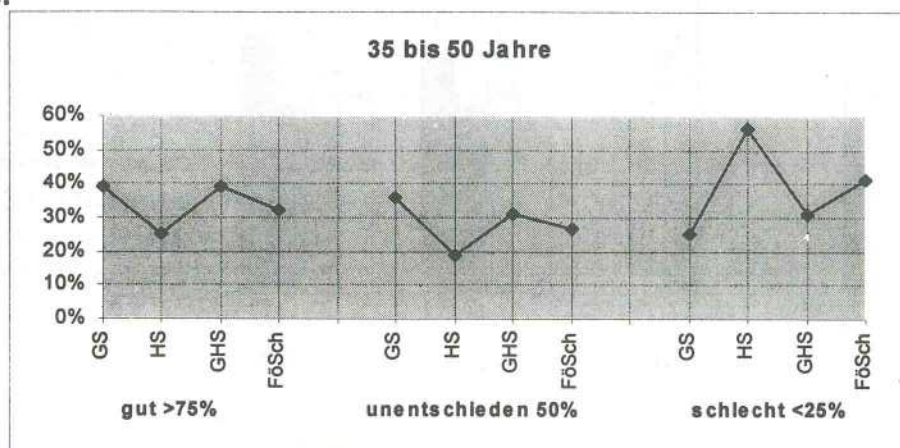
Deutliche Unterschiede zwischen den Schularten bei der Beurteilung von integrativen Maßnahmen ergeben sich jedoch im Vergleich der Altersgruppen der Lehrkräfte. Die Akzeptanz von I-Maßnahmen liegt bei der Altersgruppe bis 35 Jahre im Grund- und Grund/Hauptschulbereich bei ca. 60%, im Haupt- und Sonderschulbereich bei ca. 20%.

reich bei gut 40% (s. Tabelle 6a). Die Werte für die Ablehnung von I-Maßnahmen fallen in dieser Altersgruppe deutlich niedriger aus: Sie liegen bei etwa 20%. Eine Ausnahme bildet die Hauptschule. Hier ist bei der Altersgruppe bis 35 Jahre die Zahl der Negativbewertungen ebenso hoch wie die Akzeptanz.

Tabelle 6 a:

In der mittleren Altersgruppe von 35 bis 50 Jahre ist die Akzeptanz erkennbar niedriger. Sie liegt bei den Grund- und Grund/Hauptschulen bei ca. 40% und bei reinen Hauptschulen lediglich bei 25%. Die Zahl der Unentschiedenen erreicht in dieser Altersgruppe etwa die Werte der

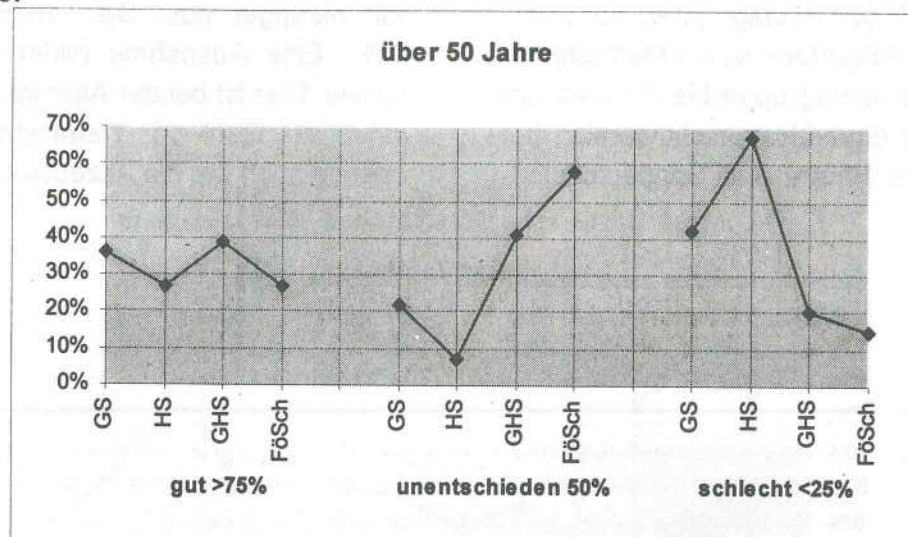
Befürworter. Während im Grund- und Grund/Hauptschulbereich einer Akzeptanz von 40% eine Ablehnung von 25-30% gegenübersteht, ist bei den Hauptschulen die Ablehnungsquote mit 56% doppelt so hoch wie die Akzeptanz (25%).

Tabelle 6b:

Bei der Altersgruppe ab 50 Jahren zeigt die Graphik im Vergleich mit der Altersgruppe 35 bis 50 Jahre nur eine geringfügig niedrigere Akzeptanz. Die Zahl der Unentschiedenen ist bei den Grundschulen aber doppelt so hoch (58%) wie die der Befürworter (28%). Eindeutig negativ wird mit 67% in dieser Altersstufe die Integration von den Hauptschulen beurteilt, während sich bei den Grundschulen die

Befürworter (36%) und die Gegner (42%) in etwa entsprechen. Die Altersabhängigkeit von Befürwortern und Gegnern der Integration wird besonders im reinen Grund- und Hauptschulbereich deutlich. Auffällig ist die hohe Zahl der Unentschiedenen bei den Förderschulen von ca. 60%. Eine stärkere Ablehnung durch ältere Lehrer ist bei den Förderschulen nicht feststellbar.

Tabelle 6 c:

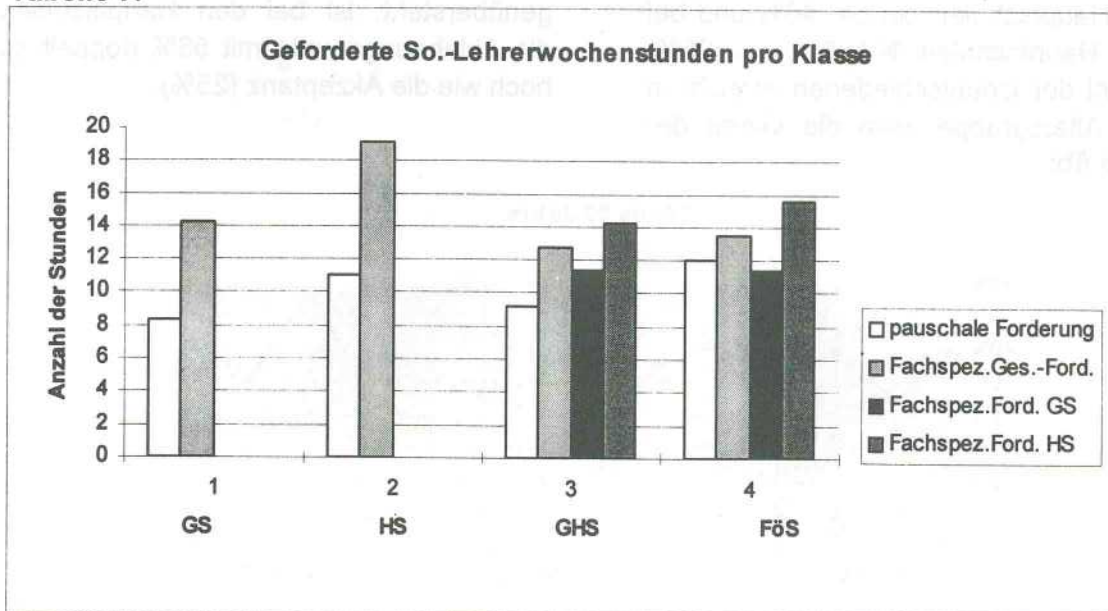


3. Forderungen

Die als mindestens erforderlich erachteten So.-Lehrerstunden bei integrativer Beschulung von Förderschülern wurde mit 8,3 für die Grundschulen, mit 11 für die Hauptschulen, mit 9,2 für die

Grund/Hauptschulen und mit 12 für die Förderschulen ermittelt. Diese Pauschalangaben werden durch die nach Fächern differenzierten Forderungen nach Doppelbesetzung deutlich korrigiert.

Tabelle 7:





**ALLES
WIRD
TEURER!**

WIR NICHT!

Hausratversicherung:

unverändert
1,30 DM pro Tsd.
Versicherungssumme inkl. Versicherungssteuer

LFV

LEHRER-FEUERVERSICHERUNGSVEREIN

für Schleswig-Holstein und Hamburg

seit 1815

LEHRER-FEUERVERSICHERUNGSVEREIN - Bielenbergstraße 30 - 24143 Kiel - Tel. + Fax: (0431) 73 23 44

Die Grundschulen fordern bei zieldifferentem Unterricht durchschnittlich für die Fächer Deutsch, Mathe, HSU und sonstige insgesamt 14,2 So.-Lehrerstunden, die Hauptschulen halten insgesamt 19,4 So.-Lehrerstunden durchschnittlich wegen der großen Anzahl der Sachfächer für notwendig. Bei den Grund/Hauptschulen liegt die für notwendig erachtete Forderung bei 14,2 für den Hauptschul- und bei 11,4 So.-Lehrerstunden für den Grundschulbereich. Die Förderschulen erachten ebenfalls 11,4 So.-Lehrerstunden im Grundschulbereich und 15,6 So.-Lehrerstunden im Hauptschulbereich für erforderlich.

Zusammenfassende Beurteilung der Umfrageergebnisse

Die Umfrage zeigt sowohl mit den Zahlen als auch durch die Kommentare, daß die Akzeptanz der integrativen Beschulung von den jüngeren Lehrkräften im Regelschulbereich höher liegt als die Ablehnung. Diese positive Einschätzung wird mit zunehmendem Alter deutlich geringer und schlägt in der Altersgruppe ab 50 Jahren in Ablehnung um. Dieser Trend trifft nicht für die Förderschulen zu.

Dieses Ergebnis dürfte verschiedene Ursachen haben, die hier nur als plausible Vermutungen aufgeführt werden können:

Zum einen haben die jungen Lehrkräfte in letzter Zeit zunehmend während der *Ausbildung* sich mit dem Gedanken der Integration grundsätzlich auseinandersetzen und sich *Qualifikationen* mit dafür geeigneten Unterrichtsverfahren erwerben können (Offener Unterricht wurde nur in 30% der Voten erwähnt). Die bisher üblichen Unterrichtsformen, die den älteren Jahrgängen noch vermittelt und mit denen Erfahrungen gemacht wurden, ermöglichen für integrativen Unterricht keine ausreichende Flexibilität. Vergleiche mit konventionellen Unterrichtsformen müssen so zur Ablehnung des integrativen Unterrichts führen.

Zum zweiten wird nur bei ca. 50% der I-Klassen das *Raumangebot* als ausrei-

Als für die *Integration der Geistigbehinderten* wichtig wurde im Grundschulbereich bei 94% der Angaben die Doppelbesetzung für notwendig angesehen. Die Hauptschulen haben die Doppelbesetzung für Geistigbehinderte als unabdingbar genannt.

Die *Anzahl der Sonderschüler/Klasse* wird mit durchschnittlich 3 Schülern/Klasse von Grund- und Hauptschulen und von 4 Schülern/Klasse von den Sonderschulen als vertretbar genannt. Dabei wird eine Klassengröße von bis zu 20 Schülern/-innen von allen Schularten für Integrationsklassen mit ca. 90% der Voten gefordert.

chend beurteilt. Geöffneter Unterricht in heterogenen Lerngruppen mit unterschiedlichen Lernweisen erfordern Lernräume, die verschiedene Aktivitäten ohne Störungen nebeneinander zulassen. Hier ist ein großer Nachholbedarf in der Schaffung von Ergänzungsflächen vorhanden; Kreativität und Phantasie bei der Nutzung des Schulgebäudes müssen neben Zubaumaßnahmen diese Bedingungen verbessern helfen, wenn Integration gelingen soll. Von den Lehrkräften wird oft schon in Bezug auf die Raumbedingungen zu viel Idealismus abverlangt. Jüngere Lehrkräfte sind hier sicher offener für ungewöhnliche Lösungen. Die Mehrzahl der Lehrkräfte aber wird an diesem Punkt schon Bedingungen vorfinden, die ihrer Belastbarkeit in Bezug auf Struktur und Ruhe nicht angemessen sind. Sonderschullehrkräfte dürften auch Spezialeinrichtungen der Sonderschulen für spezielle Förderungen vermissen, wie sie in manchen Spartenschulen vorhanden sind.

Neben der räumlichen ist jedoch die *personelle Situation* nicht nur vom Ausbildungsstand her in vielen Fällen unbefriedigend. Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind nach hergebrachter Definition Kinder mit umfangrei-